

# Regierungsprogramm

2016 bis 2021



# UNSER LAND VON MORGEN

*LEBEN UND ARBEITEN IN RHEINLAND-PFALZ*

# 1 Inhalt

2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27

I. Wir in Rheinland-Pfalz .....	5
II. Unser Erfolgsland .....	6
III. Was vor uns liegt.....	8
IV. 50 gute Argumente für die SPD .....	11
1. Rheinland-Pfalz bietet, wonach Familien suchen. ....	11
2. Gebührenfreie Bildung von Anfang an.....	13
3. Schulen mit kleinen Klassen und ausreichend Personal .....	13
4. Gute Schule den ganzen Tag .....	13
5. Beste Förderung für alle Kinder und Jugendlichen .....	14
6. Wir machen unsere Kinder fit für die Zukunft .....	15
7. Hohe Qualität im Studium.....	15
8. Exzellenz und Innovation in der Forschung.....	16
9. Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs .....	16
10. Gesundheit und Pflege: Wir sichern die medizinische Versorgung .....	17
11. Hausärzte bleiben die ersten Ansprechpartner .....	18
12. Gute Pflege ist ein Grundrecht.....	18
13. Gute Löhne für Fachkräfte in sozialen Berufen.....	20
14. Mehr Aufmerksamkeit für Wohnen im Alter .....	20
15. Gut und bezahlbar Wohnen in Rheinland-Pfalz .....	21
16. Rheinland-Pfalz ist Einwanderungsland .....	22
17. Humane Flüchtlings- und Asylpolitik.....	23
18. Wirtschaftlichen Erfolg gemeinsam sichern.....	24
19. Innovationen für eine starke Wirtschaft.....	24
20. Drei Säulen unserer Wirtschaft: Industrie, Mittelstand, Handwerk. ....	25
21. Duale Ausbildung ist unser Standortvorteil .....	26

28	22. Fachkräfte sichern - Mehr Lehrstellen anbieten .....	26
29	23. Die Energiewende vollenden.....	27
30	24. Wir stehen für Mobilität - Rheinland-Pfalz setzt auf klugen Verkehrs-Mix .....	28
31	25. Verkehrswegebau mit den richtigen Prioritäten .....	29
32	26. Lärmschutz ist Lebensqualität.....	30
33	27. Gute Arbeit stärken - Öffentliche Hand ist Vorbild. ....	31
34	28. Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt - Arbeitsmarktpolitik stärken .....	32
35	29. Digitalisierung und Demografie gestalten.....	33
36	30. Schnelles Netz - Gute Zukunft .....	34
37	31. Demografie trifft auf digitalen Wandel.....	35
38	32. Nur starke Kommunen sichern gleichwertige Lebensverhältnisse .....	35
39	33. Kreative und lebendige Kommunen - Hier lebt Gemeinsinn .....	36
40	34. Polizei für Bürger - Bürgerpolizei.....	37
41	35. Feuerwehr und Rettungskräfte - Retter in der Not.....	38
42	36. Prävention - Kampf gegen Extremismus .....	38
43	37. Recht und Justiz garantieren unsere Freiheit.....	39
44	38. Verbraucherschutz steht für soziale Gerechtigkeit.....	40
45	39. Gleichberechtigung von Frauen und Männern konsequent vorantreiben .....	41
46	40. Rheinland-Pfalz steht für das Prinzip Inklusion .....	42
47	41. Vielfalt ist ein Gewinn für alle .....	43
48	42. Landwirtschaft und Weinbau für starke Ländliche Räume .....	43
49	43. Nachhaltigkeit in Natur- und Tierschutz .....	44
50	44. Sportliches Rheinland-Pfalz.....	46
51	45. Kulturland Rheinland-Pfalz.....	46
52	46. Offene und transparente Verwaltung.....	48
53	47. Medienland Rheinland-Pfalz - Kompetent in die Zukunft.....	48
54	48. Wir halten die Schuldenbremse ein und konsolidieren den Haushalt.....	49

55	49. Verantwortung für Europa und die Eine Welt .....	50
56	50. Rheinland-Pfalz: Die Mitmach-Demokratie.....	51
57	V. Worauf es ankommt.....	52
58		

## 59 **I. Wir in Rheinland-Pfalz**

60 In Rheinland-Pfalz zählen Zusammenhalt, Menschlichkeit und das gute Leben in einem schönen Land.  
61 Rheinland-Pfalz ist geprägt von der Unterschiedlichkeit seiner Regionen, der verschiedenen Dialekte,  
62 Traditionen und Bräuche. Und dennoch eint uns Rheinland-Pfälzer ein Lebensgefühl. Wir packen an -  
63 und wir kommen Schritt für Schritt voran.

64 Mit Tatkraft, Optimismus und klaren politischen Zielen haben wir es in den vergangenen Jahrzehnten  
65 in die Spitzengruppe der Länder in Deutschland geschafft. Wir haben wirtschaftlichen Fortschritt mit  
66 sozialer Verantwortung verbunden. Wir haben Vielfalt und Weltoffenheit als Chance genutzt. Wir  
67 stehen gemeinsam mit den Menschen unseres Landes für ein Rheinland-Pfalz-Gefühl, das  
68 Bodenständigkeit und Zukunftsoffenheit miteinander verknüpft.

69 Unser Zusammenhalt im Land ist gerade in diesen Zeiten, die auch von Unsicherheiten geprägt sind,  
70 von unschätzbarem Wert. Auch in Rheinland-Pfalz machen sich die Menschen Gedanken über den  
71 Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland. Die Menschen fragen sich, wie die Integration gut gelingen  
72 kann und zeigen gleichzeitig durch ihre enorme Hilfsbereitschaft ihre Aufgeschlossenheit und  
73 Solidarität. Zugleich stimmen die möglichen Auswirkungen des internationalen Terrorismus auf  
74 unsere offene Gesellschaft nachdenklich.

75 Gerade in diesen Zeiten ist eine verlässliche Politik der Vernunft und Verantwortung gefragt, die den  
76 Menschen Halt und Sicherheit gibt und die Aufgaben der Zeit gut und pragmatisch löst.

77 Die Sozialdemokratie regiert unser Land seit Jahren erfolgreich und verlässlich, mit Augenmaß und  
78 den richtigen Konzepten. Dabei haben wir immer das Wohl der gesamten Gesellschaft im Blick.

79 So sind wir große Herausforderungen wie die Konversion und die Energiewende angegangen und  
80 haben das bundesweit modernste Bildungssystem geschaffen. So wollen wir mit Ministerpräsidentin  
81 Malu Dreyer an der Spitze unser Land von morgen gestalten.

82 Die SPD ist in Rheinland-Pfalz die einzige Partei, die wirtschaftlichen Erfolg und sozialen  
83 Zusammenhalt vereint. Sie ist die Partei, die für Aufstiegsmöglichkeiten steht, für Leistung und für  
84 Chancengleichheit. Wir in Rheinland-Pfalz haben etwas geschaffen, was es so in Deutschland kein  
85 zweites Mal gibt: Ein Erfolgsland mit Herz, Lebensfreude, Zusammenhalt und Zukunft.

86 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, was Heimat bedeutet. Wir wissen aber  
87 auch, dass es immer wieder darauf ankommt, unsere Heimat fit für die Zukunft zu machen. Denn  
88 Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen, nach innen wie nach außen. In  
89 unserer Gesellschaft darf niemand abgehängt und vergessen werden. Aber wir sehen auch: Barbarei  
90 und Krieg sind noch nicht überwunden, die Krisen dieser Welt wirken sich überall aus. Wegschauen

91 löst kein Problem, im Gegenteil. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür,  
92 engagiert und mit klarer Haltung unser Land in dieser schwierigen Zeit weiter voranzubringen.

93 Eines ist klar: In Rheinland-Pfalz gelingt Zukunft nur, wenn wir den Zusammenhalt erhalten und  
94 weiter stärken. Nur mit Zusammenhalt, Optimismus und unserer Anpack- und Mitmach-Mentalität  
95 werden wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Nur so gestalten wir den demografischen  
96 Wandel und die Digitalisierung. Nur so schaffen wir weiter viele neue Arbeitsplätze. Nur so sichern  
97 wir dauerhaft die Integrationskraft unseres Bildungswesens und sorgen für mehr Wohnungsbau. Nur  
98 so gelingt es uns, gegenüber den vielen Flüchtlingen ein menschliches Gesicht zu zeigen und sie in  
99 unser Miteinander einzubeziehen.

100 Wir wollen ein Land, in dem die Menschen sich wohlfühlen und in dem die Menschen sich  
101 gemeinschaftlich engagieren. Denn unser lebenswertes Rheinland-Pfalz wird von den Bürgerinnen  
102 und Bürgern geprägt. Sie reden und entscheiden mit, sie prägen unser Land. Gemeinsam wollen wir  
103 auch in Zukunft gut leben und arbeiten in Rheinland-Pfalz.

104

## 105 **II. Unser Erfolgsland**

106 Wir sind stolz darauf, dass unser Land gleichermaßen für soziale Gerechtigkeit, Modernität,  
107 wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Zusammenhalt steht. Wir sichern gute Arbeit und  
108 fördern unsere erfolgreiche Wirtschaft, wir kümmern uns um die Familien und halten unsere Älteren  
109 mitten in der Gesellschaft, bei uns gibt es gute Bildung für alle, Fortschritt und Innovation, wir  
110 stärken unseren ländlichen Raum und nutzen die Chancen der Digitalisierung.

111 Ministerpräsidentin Malu Dreyer und die SPD-geführte Landesregierung haben in der vergangenen  
112 Legislaturperiode viel erreicht: Rheinland-Pfalz ist ein starkes, ein lebens- und liebenswertes Land,  
113 das beste Zukunftsaussichten hat. Rheinland-Pfalz ist heute schon Erfolgsland!

114 **Rheinland-Pfalz ist ein Bildungsland.** In Rheinland-Pfalz können sich alle Familien darauf verlassen,  
115 dass ihre Kinder optimal gefördert werden. Durch Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule  
116 haben bei uns alle Kinder und Jugendlichen die besten Chancen. Jede zweite Schule ist inzwischen  
117 eine Ganztagschule; damit bieten wir den Schülerinnen und Schülern optimale Lernbedingungen  
118 und individuelle Förderung. Mit unserer guten Unterrichtsversorgung, den kleinen Klassen und  
119 unseren jungen Lehrerinnen und Lehrern sind wir bundesweit führend und sichern hohe Qualität.  
120 Wir sind stolz, dass unsere Schülerinnen und Schüler bei Leistungsvergleichen regelmäßig gut  
121 abschneiden. Kein anderes Bundesland hat eine höhere Quote der Drei- bis Sechsjährigen, die eine  
122 Kita besuchen. Kein anderes westdeutsches Flächenland ist so erfolgreich beim Ausbau der

123 Kinderbetreuung der Unter-Dreijährigen. Und bei den Pro-Kopf-Investitionen in die  
124 Kindertagesbetreuung sind wir bundesweit vorbildlich.

125 **Rheinland-Pfalz ist das Land der guten Arbeit.** Wir sind stolz, dass in Rheinland-Pfalz noch nie so  
126 viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren wie heute. Die Arbeitslosigkeit bei uns  
127 ist die drittniedrigste aller 16 Bundesländer. Dies sind auch Erfolge sozialdemokratischer  
128 Arbeitsmarktpolitik. Durch den Mindestlohn und das Landestarifreuegesetz sorgen wir gerechte  
129 Bezahlung und mit unserer Fachkräftestrategie für mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

130 **Rheinland-Pfalz ist ein Familienland.** In Rheinland-Pfalz fühlen sich die Familien wohl - durch den  
131 gesellschaftlichen Zusammenhalt, vielfältige Freizeitmöglichkeiten und eine hohe Vereinbarkeit von  
132 Familie und Beruf. Wir sind stolz, dass wir beim Ausbau der Kinderbetreuung bundesweit eine  
133 Spitzenrolle haben und die Familien von Bildungsgebühren für ihre Kinder entlasten. Kaum ein  
134 anderes Bundesland investiert dabei so konsequent in Qualität wie wir es tun.

135 **Rheinland-Pfalz ist ein Wirtschaftsland.** Rheinland-Pfalz ist eines der wirtschaftlich erfolgreichsten  
136 Bundesländer: Wir sind einer der wichtigsten Industriestandorte in Deutschland, haben einen  
137 kraftvollen Mittelstand, ein leistungsstarkes Handwerk und kreative Start-ups. Die vielen  
138 Gründungen bei uns im Land und unsere hohe Exportquote machen deutlich, dass wir zu den  
139 wettbewerbsfähigsten und innovativsten Bundesländern gehören.

140 **Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land.** Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer können in ihrem  
141 Bundesland mit dem guten Gefühl leben, dass für ihre Sicherheit gesorgt ist. In den vergangenen fünf  
142 Jahren ist die Zahl der Straftaten in Rheinland-Pfalz Jahr für Jahr weiter gesunken. Zugleich können  
143 wir im zehnten Jahr in Folge auf eine Aufklärungsquote über 60 Prozent verweisen. Dies sind Werte,  
144 die nur wenige Länder vorweisen können. Unsere Polizisten sind in der Lage sich auf verändernde  
145 Lagebilder einzustellen und so unser aller Sicherheit auch bei neuen Gefährdungslagen zu  
146 gewährleisten.

147 **Rheinland-Pfalz ist das Land der guten Pflege.** In Rheinland-Pfalz können sich die Menschen darauf  
148 verlassen, dass sie im Alter gut gepflegt werden. Mit unseren Pflegestützpunkten im ganzen Land  
149 und der bundesweit ersten Landespflegekammer schaffen wir dazu die Voraussetzungen. Unsere  
150 Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat dafür 2015 den Deutschen Pflegepreis erhalten. In Rheinland-  
151 Pfalz kümmern wir uns um unsere älteren Menschen und halten sie mitten in unserer Gesellschaft -  
152 mit der Gemeindegewerkschaft Plus und gemeinschaftlichen Wohnprojekten.

153 **Rheinland-Pfalz ist ein Zukunftsland.** Die Menschen in Rheinland-Pfalz gehen gerne mit der Zeit -  
154 dies gilt auch für das Zeitalter der Digitalisierung. Wir sind stolz, dass wir als Flächenland einen  
155 Spitzenplatz beim Ausbau von schnellem Internet haben. Mehr als 50.000 Lehrerinnen und Lehrer

156 haben wir schon zur Nutzung digitaler Medien weitergebildet, um unsere Kinder und Jugendlichen fit  
157 zu machen für den Umgang mit den neuen Medien.

158 **Rheinland-Pfalz ist das Land des Zusammenhalts.** In keinem anderen Land engagieren sich mehr  
159 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich, wie wir auch an der überwältigenden Hilfsbereitschaft für die  
160 Flüchtlinge sehen können. Die Landesregierung würdigt dieses Engagement mit der  
161 Landesehrenamtskarte. In Rheinland-Pfalz leben die Menschen nicht nur gut, sondern auch sicher: In  
162 keinem anderen Bundesland ist das Sicherheitsgefühl so hoch wie bei uns.

163

### 164 **III. Was vor uns liegt**

165 In den nächsten Jahren wollen wir auf dem Erreichten aufbauen und unser Land noch lebenswerter  
166 machen. Wir stehen dafür, dass der Zusammenhalt und die Werte unserer offenen Gesellschaft auch  
167 in schwierigen Zeiten gewahrt werden und die Menschen in unserem Land weiter sicher leben  
168 können. Wir stehen dafür, dass Rheinland-Pfalz Spitze bei der Integration ist und alle Menschen im  
169 Land die gleichen Chancen auf Bildung und Teilhabe haben. Und wir stehen dafür, dass die  
170 Modernisierung unseres Landes entschlossen, aber in sozialer Verantwortung weitergeht. Die  
171 Stärkung des Zusammenhalts durch Integration und Inklusion, die Veränderung von Arbeiten und  
172 Leben durch die Digitalisierung, die alternde Gesellschaft: All das braucht eine Politik, die in  
173 schwierigen Zeiten rechtzeitig und mutig anpackt und einen klaren Kompass hat - in Richtung  
174 Offenheit und soziale Gerechtigkeit. Die Weichen für eine gute Zukunft stellen wir heute.

175 Wir fördern Familien und Kinder und investieren in Bildung für alle. Wir werden die Qualität des Kita-  
176 Angebots weiter steigern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Wir werden  
177 dafür sorgen, dass die Menschen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum behalten. Deshalb fördern wir  
178 im nächsten Schritt bereits für 2016 den Neubau von 4.200 Wohnungen in Rheinland-Pfalz und  
179 werden danach den Wohnungsbau weiter voranbringen und auf hohem Niveau verstetigen.

180 Für die konsequente Umsetzung des Mindestlohns werden wir sorgen sowie Leiharbeit und  
181 Werkverträge besser regeln und dazu insbesondere auf Bundesebene das Gewicht des Landes  
182 Rheinland-Pfalz einbringen. Ein auskömmlicher Mindestlohn gehört zu unserem  
183 sozialdemokratischen Grundverständnis einer fairen Gesellschaft. Und im Arbeitsleben darf es keinen  
184 Trend hin zu Beschäftigungsverhältnissen zweiter Klasse geben. Wir sehen in den Arbeitnehmerinnen  
185 und Arbeitnehmern die Leistungsträger unseres Landes und unterstützen sie und die  
186 Gewerkschaften, wenn es um die Abwehr von Billiglöhnen oder um Einschränkungen bei der  
187 Alterssicherung geht.

188 Wir stehen für soziale Gerechtigkeit: Ältere Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben,  
189 müssen wirksamer vor Armut im Alter geschützt sein. Wir sehen in der Gesundheitsversorgung im  
190 ländlichen Raum einen wichtigen Schwerpunkt der nächsten Legislaturperiode. Denn es muss weiter  
191 gelten, dass bei uns alle Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben und einen direkten  
192 medizinischen Ansprechpartner haben.

193 In den nächsten Jahrzehnten wird unser Land älter und bunter. Die Gesellschaft verändert sich  
194 dadurch. Wir wollen diese Veränderung aktiv gestalten und dabei für sozialen Ausgleich, für  
195 Menschlichkeit und Gerechtigkeit sorgen. Zudem revolutioniert die Digitalisierung unseren Alltag und  
196 die Art und Weise, wie wir lernen, arbeiten und produzieren. Wir wollen im nächsten Schritt die  
197 Breitbandversorgung überall im Land mit mindestens 50MBit/S bis 2018 sicherstellen, damit alle  
198 Regionen Zugang zum schnellen Internet haben. Das ist die entscheidende Voraussetzung für  
199 gleichberechtigte Teilhabe und für gleiche wirtschaftliche Chancen.

200 Gemeinsam mit unserer Wirtschaft sichern wir den Wohlstand der Zukunft. Unsere Politik richtet sich  
201 an unseren erfolgreichen Mittelstand, unser leistungsfähiges Handwerk, unsere international  
202 führende Industrie und unsere innovativen Start-ups.

203 Rheinland-Pfalz wird außerdem die von Ministerpräsidentin Malu Dreyer erreichte kontinuierliche  
204 Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbänden zu den  
205 zentralen Zukunftsthemen ausbauen und verstetigen.

206 Wir leben in Zeiten, die entschlossene Gesellschaftspolitik notwendig machen. Dabei geht es darum,  
207 die Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Menschen in unserem Land gute Zukunftschancen haben  
208 und alle am Zusammenleben teilhaben. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb die Frage: Wie halten  
209 wir unsere Gesellschaft und Europa zusammen? Wie gelingt zuhause und europaweit Integration?  
210 Welches Gesicht bekommt unsere Gesellschaft? Da waren die Erfahrungen in den vergangenen  
211 Jahren oft ernüchternd, denn Europa wird seinen Werten häufig nicht gerecht. Nationale Egoismen  
212 und Interessen haben immer wieder die Oberhand bekommen.

213 Das zeigt: Auf unsere Haltung kommt es an - und auf die Bereitschaft zum nachbarschaftlichen  
214 Zusammenleben. Gerade wir in Rheinland-Pfalz wissen aus unserer eigenen Geschichte, was es  
215 bedeutet, in Zeiten nationaler Egoismen in einer Grenzregion zu leben. Und wir wissen aus den  
216 vergangenen Jahrzehnten, wie viel Fortschritt und Freiheit offene Grenzen mit sich bringen. Dass die  
217 ehemalige Grenzregion zwischen Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland heute so attraktiv  
218 und lebenswert ist, sehen wir als Bestätigung und Auftrag zugleich.

219 Die SPD und Ministerpräsidentin Malu Dreyer stehen für ein Rheinland-Pfalz, das seine Weltoffenheit  
220 als große Zukunftschance versteht und allen entschieden entgegentritt, die Ressentiments schüren

221 oder sogar Hass predigen. Wir erwarten aber auch von der Bundesregierung und der Europäischen  
222 Union, dass der Prozess der europäischen Einigung gerade jetzt vorangetrieben und nicht  
223 zurückgedreht wird. Wir brauchen mehr Europa und ein entschlosseneres Europa, das seiner  
224 internationalen Verantwortung nicht ausweicht. Dazu zählt auch mehr Unterstützung für  
225 internationale Hilfsorganisationen und insbesondere eine faire Verteilung von Flüchtlingen innerhalb  
226 Europas.

227 Wir leben in Zeiten, in denen es auf die Verteidigung und Stärkung unserer Werte ankommt. Es geht  
228 dabei immer auch um Offenheit für das Zusammenleben über nationale, kulturelle und religiöse  
229 Unterschiede hinweg - auf der Basis unseres liberalen Wertesystems und unseres Grundgesetzes. Die  
230 SPD hatte maßgeblichen Anteil daran, dass sich unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten  
231 in vielerlei Hinsicht neu geöffnet und Vorurteile gegen Minderheiten abgebaut wurden. Daran  
232 können wir jetzt anknüpfen. In einer Enquete-Kommission wollen wir im Landtag und im Dialog mit  
233 allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen über die neuen Herausforderungen bei der  
234 Integration zugewanderter Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sprechen, damit unser Land  
235 Rheinland-Pfalz auch in Zukunft stark ist durch seine Weltoffenheit und seinen Zusammenhalt. Dabei  
236 werden wir mit innovativen Beteiligungsformen die gesamte Gesellschaft in diese Zukunftsdiskussion  
237 einbinden.

238 Zugleich geht es im Alltag aber auch um engagierten Pragmatismus, um praktisches Handeln zur  
239 Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Die SPD in Rheinland-Pfalz steht für einen Kurs, der  
240 auf die schwer vorhersehbare Entwicklung der Flüchtlingszahlen vernünftig und mit Augenmaß  
241 reagiert, ohne populistische Scheindebatten und mit Blick auf das Machbare. Unser Land beweist  
242 dabei auch in schwierigen Situationen bei der Flüchtlingsunterbringung immer wieder seine  
243 Bereitschaft zum Anpacken und zur Solidarität. Tausende Freiwillige helfen hier bei der Versorgung  
244 der Flüchtlinge. Ihnen gelten ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden  
245 unser Dank und unsere Anerkennung, denn ohne ihren unermüdlichen Einsatz könnten wir die  
246 gewaltige Aufgabe nicht schultern.

247 Unsere Gesellschaft wird sich über die Flüchtlingspolitik nicht entzweien. Klar ist aber auch: Es gibt  
248 eine Kultur von Freiheit und Verantwortung, von Rechten und Pflichten, die wir nicht aufgeben  
249 werden. Wir betrachten es als Selbstverständlichkeit, dass die Menschen, die zu uns kommen, die  
250 deutsche Sprache erlernen. Grundprinzipien unseres Zusammenlebens, wie sie in unserem  
251 Grundgesetz stehen, müssen alle einhalten. Dazu gehört, dass Religion nicht über dem Gesetz steht,  
252 Frauen und Männer gleichberechtigt sind, Homosexualität offen gelebt werden kann und der Staat  
253 das Gewaltmonopol hat.

254 Wer die Interessen der einen gegen die der anderen ausgespielt, der setzt den Zusammenhalt  
255 unserer Gesellschaft aufs Spiel. Das war immer schon so, und deshalb gibt es für uns auch jetzt nur  
256 eine klare Antwort: Wir werden es nicht hinnehmen, dass Flüchtlinge gegen Arbeitslose ausgespielt  
257 werden. Wir werden nicht Muslime gegen andere Religionsgemeinschaften ausspielen. Wir werden  
258 nicht alte gegen neue Wohnungsmieter ausspielen. Uns geht es darum, dass neues Zusammenleben  
259 gelingt.

260 Die Vorstellung aktiver und selbstbewusster Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist im  
261 sozialdemokratischen Politikverständnis tief verankert. Die Sozialdemokratie hat über 150 Jahre  
262 immer neue Wege gesucht, für alle Menschen die Teilhabe am Haben und Sagen zu ermöglichen. Das  
263 fing an mit der Frage der Zugänge zu den wirtschaftlichen Ressourcen, der immer aktuellen Frage des  
264 Aufstiegs durch Bildung und erweitert sich in der Wissensgesellschaft um die Zugänge zur  
265 Information.

266 Teilhabe am Haben und Sagen ermöglichen: Darum geht es auch jetzt wieder. Wir stehen für eine  
267 Gesellschaft, die jeden Menschen wertschätzt. Das kann nur miteinander und nicht gegeneinander  
268 gelingen. Die SPD ist Expertin dafür.

269 Die SPD möchte Rheinland-Pfalz in eine gute Zukunft führen - mit Offenheit, mit Klarheit, mit der  
270 Ausdauer und Freude daran, für Lösungen einzutreten, die alle mitnehmen. Ob Wirtschaft und  
271 Arbeit, Bildung und Familie, Gesundheit und Pflege, Demografie und Digitalisierung. Mit diesem  
272 Programm zeigen wir, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen. Wir haben Lust auf Zukunft!

273

## 274 **IV. 50 gute Argumente für die SPD**

### 275 **1. Rheinland-Pfalz bietet, wonach Familien suchen.**

276 Familien sind der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir wissen, dass Familien sehr unterschiedlich  
277 sein können. Verschiedene Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder stehen nebeneinander: sei  
278 es die „traditionelle“ Ehe, die gleichgeschlechtliche Partnerschaft, die Regenbogen- oder Patchwork-  
279 Familie oder Alleinerziehende. Das alles ist Familie.

280 Heute ist es für Eltern nicht leicht, die eigene Arbeit mit der Erziehung der Kinder und oftmals noch  
281 der Pflege von Angehörigen zu vereinen. Wir möchten, dass beide Elternteile partnerschaftlich Beruf  
282 und Familie nach ihren Vorstellungen vereinbaren können, auch weil sie die Gewissheit haben, dass  
283 ihre Kinder gute Betreuung erhalten. In unserer alternden Gesellschaft wird zudem die Vereinbarkeit  
284 von Beruf und Pflege ein immer wichtigeres Thema. Wir möchten aber auch Mut machen zur

285 Familiengründung. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Aber Kinder bringen auch Freude  
286 und positive Impulse in unser heutiges Leben.

287 Beim Ausbau von Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung ist Rheinland-Pfalz bundesweit an der  
288 Spitze. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, die Qualität der Einrichtungen weiter steigern und sie den  
289 Bedürfnissen der Familien anpassen. Wir werden den Ausbau der Kindertagesstätten und die stetige  
290 Verbesserung der Qualität der Einrichtungen gemeinsam mit den Kommunen weiter bedarfsgerecht  
291 vorantreiben.

292 Unsere Arbeits- und Berufswelt macht es notwendig, dass unsere Einrichtungen nicht nur weiter  
293 ausgebaut, sondern auch flexibler gestaltet werden. Wir wollen die Öffnungszeiten möglichst  
294 erweitern und weiter flexibilisieren, um den Bedürfnissen der Eltern beispielsweise in Rand- und  
295 Ferienzeiten entgegenkommen zu können. Dazu zählt auch ein Einstieg in Angebote während der  
296 Ferienzeiten. Familienunterstützende Maßnahmen, die besonders auch Familien in schwierigen  
297 Lebenslagen helfen, werden wir weiterentwickeln.

298 Wir wollen, dass der öffentliche Dienst sich in Rheinland-Pfalz zum familienfreundlichsten  
299 Arbeitgeber weiterentwickelt. Dazu werden wir den Beschäftigten des Landes schrittweise ein  
300 beitragsfreies Vermittlungsangebot für vorhandene Kinderbetreuungs- und Pflegeangebote machen.  
301 Auch halten wir die Einführung von Familientagen, die Flexibilisierung des Freistellungsjahres,  
302 Familienarbeitszeitkonten und die Berücksichtigung während der Familienzeit gesammelter  
303 Erfahrungen bei Einstellung für wünschenswert.

304 Wir wollen, dass generationenübergreifende Familienpolitik überall in Rheinland-Pfalz eine zentrale  
305 Rolle spielt. Insbesondere die Häuser der Familie sind hier zu nennen. Insgesamt 42 Häuser der  
306 Familie sind inzwischen als zertifizierte Angebote in allen rheinland-pfälzischen Landkreisen und  
307 kreisfreien Städten etabliert und damit ein wichtiges Element der familienunterstützenden  
308 Infrastruktur in den Kommunen. Sie sind Orte der intergenerationellen Begegnung und der  
309 verschiedensten Angebote für alle Generationen.

310 Wir setzen uns dafür ein, dass die Familien in Deutschland finanziell gestärkt werden. Kinder dürfen  
311 kein Armutsrisiko bedeuten. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den alleinerziehenden Müttern  
312 und Vätern. Gerade bei ihnen ist die Armutsgefährdung besonders hoch. Wir begrüßen die in diesem  
313 Jahr vollzogene Erhöhung des steuerlichen Entlastungsbetrages für Alleinerziehende, für die auch wir  
314 uns eingesetzt haben. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir uns im Bundesrat für die  
315 steuerliche Entlastung aller Familien einsetzen und erreichen, dass das Ehegattensplitting zu einem  
316 Familientarifsplitting weiterentwickelt wird. Zudem wollen wir das Kindergeld für das dritte und jedes  
317 weitere Kind erhöhen.

318 **2. Gebührenfreie Bildung von Anfang an**

319 Gebührenfreie Bildung ist Grundvoraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Mit uns haben alle  
320 Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz die gleichen Chancen und werden individuell gefördert.  
321 Wir wissen, dass Bildung nicht nur zentrales Mittel ist, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen,  
322 sondern auch die beste Zukunftsinvestition.

323 Die Menschen in Rheinland-Pfalz können sich mit uns darauf verlassen: Bildung ist und bleibt in  
324 unserem Land gebührenfrei. Wir sind stolz, dass Rheinland-Pfalz als einziges Bundesland von der Kita  
325 ab dem zweiten Lebensjahr bis zur Hochschule allen Familien, ihren Kindern und Jugendlichen  
326 gebührenfreie Bildung garantiert.

327 Wir wollen die Gebührenfreiheit schrittweise auf möglichst alle Bereiche der beruflichen Bildung  
328 ausdehnen. Für die Altenpflegeausbildung ist es uns gelungen, die Gebührenfreiheit durch ein  
329 Umlageverfahren zu ermöglichen. Dies streben wir auch in anderen Berufsbildern des  
330 Gesundheitswesens an. Für uns ist klar: In einem sozial gerechten und leistungsstarken Rheinland-  
331 Pfalz haben Gebühren und Beiträge keinen Platz!

332

333 **3. Schulen mit kleinen Klassen und ausreichend Personal**

334 Unsere Schülerinnen und Schüler schneiden bei Leistungsvergleichen gut ab und liegen in  
335 Ländervergleichen regelmäßig im oberen Drittel. Dies spornt uns an, die Qualität unseres  
336 Bildungssystems - von der Kita bis zu den Hochschulen - weiter zu verbessern.

337 Unsere Schülerinnen und Schüler lernen unter guten Rahmenbedingungen. Wir sind das Land der  
338 kleinen Klassen und der jungen Lehrer. Unsere Grundschülerinnen und Grundschüler haben die  
339 kleinsten Klassen bundesweit. Auch in den weiterführenden Schulen, vor allem in den fünften und  
340 sechsten Klassen, liegen wir im bundesweiten Vergleich ganz weit vorne. Diesen Standard werden  
341 wir halten und die Qualität weiterentwickeln.

342 Zentral ist für uns eine gute Unterrichtsversorgung. Das bedeutet, dass der Pflichtunterricht  
343 abgedeckt wird und wir auch genügend Personal für Stunden mit gezielter Förderung und weiteren  
344 Angeboten für unsere Schülerinnen und Schüler zur Verfügung haben. Wir sind hier schon große  
345 Schritte vorangekommen. Künftig erreichen wir eine 100-Prozent-Unterrichtsversorgung.

346

347 **4. Gute Schule den ganzen Tag**

348 Rheinland-Pfalz ist das Land der Ganztagschulen. Bei uns ist schon jetzt mehr als jede zweite Schule  
349 eine Ganztagschule. Damit garantieren wir jedem Kind einen Ganztagschulplatz in erreichbarer

350 Nähe und ermöglichen es den Eltern, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Wir wollen, dass es  
351 künftig mehr zusätzliche Betreuung vor und nach der Ganztagschule sowie in den Ferien gibt, um  
352 den Familien weiter passgenaue Angebote machen zu können. Dazu wollen wir gemeinsam mit den  
353 Schulträgern die bisherigen Konzepte weiterentwickeln.

354

## 355 **5. Beste Förderung für alle Kinder und Jugendlichen**

356 Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler so fördern, dass sie ihre Talente optimal entfalten können,  
357 auch damit sie einen guten Schulabschluss erreichen. Dafür spielen neben den Lehrkräften auch  
358 pädagogische Fachkräfte und Angebote der schulpsychologischen Beratung und Unterstützung sowie  
359 der Schulsozialarbeit eine wichtige Rolle. Den schrittweisen Ausbau der Schulsozialarbeit wollen wir  
360 deshalb fortsetzen.

361 Bildung ist und bleibt für uns der Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft, in der alle ihre Chancen  
362 zu Teilhabe und Aufstieg bekommen. Unser Bildungssystem muss durchlässig bleiben und den  
363 Wechsel zwischen den unterschiedlichen Bildungswegen ermöglichen, um auf die individuellen  
364 Talente und Lebensentwicklungen flexibel eingehen zu können. Durchlässigkeit,  
365 Aufstiegsorientierung und eine Kultur zweiter Chancen sind Eckpfeiler unseres Bildungssystems.  
366 Leistungsfähigkeit und Chancengleichheit des Bildungssystems sind für uns zwei Seiten einer  
367 Medaille.

368 Wir gewährleisten gesetzlich das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern  
369 und Jugendlichen. Die Eltern entscheiden bei uns nach eingehender Beratung, ob ihr Kind eine  
370 Schwerpunkt- oder eine Förderschule besuchen soll. Wir wollen das Angebot an Schwerpunktschulen  
371 bedarfsgerecht weiter ausbauen. Wir stellen zusätzliches Fachpersonal zur Verfügung und bringen  
372 weitere Förder- und Beratungszentren auf den Weg, die mit allen Schularten kooperieren und ihren  
373 Sachverstand einbringen.

374 Wir setzen einen Schwerpunkt bei der Sprachförderung, denn dies ist die Grundlage für alle weiteren  
375 Bildungschancen. Angesichts der Zuwanderung wird dabei speziell die Sprachförderung für Kinder  
376 mit Migrationshintergrund immer wichtiger. Wir wollen sicherstellen, dass alle nach Rheinland-Pfalz  
377 kommenden Flüchtlingskinder von Beginn an in der deutschen Sprache unterrichtet und möglichst  
378 schnell in den regulären Schulunterricht integriert werden.

379

## 380 **6. Wir machen unsere Kinder fit für die Zukunft**

381 Wir wollen, dass unsere Kinder als mündige, kritische und verantwortungsvolle Menschen die Schule  
382 verlassen. Wir wollen, dass sie sich in unserer komplexen und global vernetzten Arbeitswelt und  
383 Gesellschaft gut zurechtfinden. Deswegen ist ein kompetenter Umgang mit dem Internet und den  
384 neuen Medien unverzichtbar. Unser Programm „Medienkompetenz macht Schule“ hat bereits  
385 tausende Schülerinnen und Schüler erreicht und findet bundesweit Beachtung. Schon jetzt erwerben  
386 viele Schülerinnen und Schüler ein Zertifikat für Medienkompetenz. Wir wollen, dass in Zukunft alle  
387 Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluss der zehnten Klasse ein Medienkompetenz-Zertifikat  
388 erhalten.

389 Wir wollen unsere Jugendlichen gut auf ihre Ausbildung, Studium und Berufsweg vorbereiten.  
390 Deswegen arbeiten wir bei der Berufswahl- und Studienorientierung eng mit unseren Hochschulen,  
391 der Bundesagentur für Arbeit und den Handwerks- sowie den Industrie- und Handelskammern  
392 zusammen. Wir haben mit ihnen 2015 das Projekt „Kompetent in eigener Sache“ gestartet und für  
393 alle weiterbildenden Schulen einen verbindlichen Tag der Berufs- und Studienorientierung etabliert.  
394 Damit informieren wir alle Schülerinnen und Schüler im Unterricht über Studienmöglichkeiten und  
395 Karrierechancen im dualen System. Durch unsere externen Partner wird die Netzwerkbildung in den  
396 Schulen gestärkt und die Eltern werden vorbildlich mit einbezogen. Diese Arbeit werden wir weiter  
397 stärken. Damit gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss.

398

## 399 **7. Hohe Qualität im Studium**

400 Auch an unseren Hochschulen gilt: Wir stehen für Qualität, Gebührenfreiheit und Durchlässigkeit.  
401 Allgemeine Studiengebühren wird es mit uns nicht geben.

402 Heute gibt es 10.000 Studierende mehr an unseren rheinland-pfälzischen Hochschulen als noch vor  
403 zehn Jahren, und dennoch ist die Betreuungsrelation günstiger geworden. Wir wollen die guten  
404 Studienbedingungen und das Betreuungsverhältnis weiter verbessern. Wir befürworten ein  
405 landesweites Semesterticket und unterstützen die Studierendenvertretungen und Zweckverbände  
406 auf dem Weg dorthin.

407 Wir stehen für eine dauerhafte und verlässliche Grundfinanzierung unserer Hochschulen und wollen  
408 ihre Autonomie und Gestaltungsfreiheit weiter stärken. Den gestiegenen Studierendenzahlen  
409 werden wir bei der Fortsetzung des Hochschulpakts Rechnung tragen.

410 Wir sind das Land der Meister und Master und brauchen auch Meister mit Master. Deswegen haben  
411 wir unsere Hochschulen für beruflich Qualifizierte geöffnet. Die Entscheidung für die berufliche  
412 Bildung ist bei uns somit keine Entscheidung mehr gegen ein späteres Studium. Wir wollen den

413 Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte öffnen mit einem Studienangebot, das ihren Bedürfnissen  
414 entspricht.

415 Durch berufsbegleitende Studienangebote wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter  
416 verbessern.

417

## 418 **8. Exzellenz und Innovation in der Forschung**

419 In unseren Hochschulen wird die Zukunft erforscht, erdacht und gestaltet und dabei können die  
420 rheinland-pfälzischen Hochschulen im nationalen und internationalen Vergleich gut bestehen.

421 Wir investieren mehr als eine Milliarde Euro im Jahr in unsere Hochschulen. Allein mit der  
422 Forschungsinitiative wurde die Grundlagenforschung in den letzten vier Jahren mit 160 Millionen  
423 Euro gestärkt. Diesen Weg werden wir fortsetzen, indem wir durch gezielte Programme die  
424 Profilierung unserer Hochschulen und ihre Vernetzung mit den leistungsstarken außeruniversitären  
425 Forschungseinrichtungen weiter voranbringen.

426 Die Universitätsmedizin in Mainz werden wir weiter mit gezielten Investitionen unterstützen und so  
427 Forschung, Lehre und Krankenversorgung auf höchstem Niveau ermöglichen.

428 Wir werden auch in Zukunft die Wissenschaftsallianzen fördern und die Zusammenarbeit von  
429 Hochschulen mit Wirtschaft und Gesellschaft weiter vertiefen. Den erfolgreichen Weg des Auf- und  
430 Ausbaus von Netzwerken und Clustern sowie der Ansiedlung neuer Forschungsinstitute werden wir  
431 fortsetzen.

432

## 433 **9. Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs**

434 Damit unsere Hochschulen weiter erfolgreich und leistungsfähig sind, müssen wir heute  
435 wissenschaftlichen Nachwuchs gewinnen. Wir wollen gerade jungen Wissenschaftlerinnen und  
436 Wissenschaftlern gute und dauerhafte Perspektiven bieten. Dazu schaffen wir neue Arbeitsplätze  
437 und erhöhen den Anteil von dauerhafter Beschäftigung beim wissenschaftlichen Nachwuchs. An den  
438 Universitäten werden wir verstärkt so genannte Tenure Track Positionen schaffen. Damit bekommen  
439 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon zum Zeitpunkt der Berufung die Zusicherung  
440 auf eine Dauerstelle, wenn ihre Tätigkeit positiv bewertet wird. So eröffnen wir frühzeitig planbare  
441 Karrierewege.

442

443 **10. Gesundheit und Pflege: Wir sichern die medizinische Versorgung**

444 Die medizinische Versorgung für die Menschen in Rheinland-Pfalz ist auf einem hohen Niveau und  
445 wohnortnah erreichbar. In den Städten, ihren Einzugsgebieten und den Mittelzentren ist eine  
446 umfassende Versorgung mit Gesundheits- und Pflegedienstleistungen bereits zukunftsfest. Vor allem  
447 im ländlichen Raum sind in den kommenden Jahren zusätzliche Maßnahmen notwendig, weil diese  
448 Regionen oft besonders von der Alterung der Gesellschaft und vom Bevölkerungsrückgang betroffen  
449 sind. Deshalb wird das Modell der Gesundheitszentren, wie es der Sachverständigenrat im  
450 Gesundheitswesen unterstützt, gefördert und umgesetzt. Unser Ziel ist, dass auch in Zukunft alle  
451 Menschen in Rheinland-Pfalz, egal ob jung oder alt, ob auf dem Land oder in der Stadt, eine gute  
452 medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte und durch Krankenhäuser  
453 haben. Ein wichtiges Anliegen ist der Ausbau der Altersmedizin. Hier können hochbetagte Menschen  
454 die medizinische und rehabilitative Behandlung erhalten, die ihnen mehr Gesundheit und  
455 Lebensqualität ermöglicht

456 Bei den Krankenhäusern kommt es stets auf eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der  
457 Kapazitäten und der Qualität an. Rheinland-Pfalz hat ein hervorragendes Versorgungsniveau und wir  
458 haben gleichzeitig verhindert, dass dabei ländliche Regionen abgehängt werden. Unser Ziel ist es,  
459 diesen Standard zu sichern und den Krankenhausplan fortzuschreiben. Damit die  
460 Gesundheitsversorgung für alle Menschen bezahlbar bleibt und die Kosten fair verteilt werden,  
461 setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin für die Einführung der Bürgerversicherung ein.

462 Um insbesondere die medizinische und pflegerische Versorgung in den ländlichen Räumen zu  
463 sichern, werden wir das Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“ weiterführen. In  
464 Rheinland-Pfalz werden bereits neue Versorgungsmodelle im ländlichen Raum geschaffen und es  
465 werden die Vorteile der Telematik genutzt. Auch kleine ortsnahe Krankenhäuser sind ein wichtiger  
466 Bestandteil einer guten und regionalen Gesundheitsversorgung; gemeinsam mit den  
467 Krankenhausträgern werden wir Strukturen schaffen, um sie auch in Zukunft zu sichern. Auch  
468 Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sind ein guter Weg zur Sicherung der  
469 Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Gerade in Regionen mit geringer Bevölkerungszahl  
470 können zudem Zweig- und Filialpraxen mögliche Lücken schließen. Dies werden wir unterstützen.

471 Wir möchten, dass die Menschen auf ihrem letzten Lebensabschnitt gut versorgt sind und ihre  
472 Schmerzen gemindert werden. Rheinland-Pfalz hat deswegen als eines der ersten Bundesländer die  
473 Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen unterzeichnet. Damit wir  
474 sterbenden Menschen die Begleitung am Lebensende anbieten können, die sie benötigen, fördern  
475 wir die Hospiz- und Palliativversorgung. Besonders wichtig sind uns dabei die ambulanten Dienste,

476 damit dem Wunsch vieler Menschen entsprochen werden kann, an ihrem Lebensende in vertrauter  
477 Umgebung zu bleiben.

478

#### 479 **11. Hausärzte bleiben die ersten Ansprechpartner**

480 Wir möchten, dass auch in Zukunft die Menschen in Rheinland-Pfalz sicher sein können, dass es  
481 einen Hausarzt in ihrer Nähe gibt. Schließlich ist der Hausarzt für die meisten Patienten erster  
482 Ansprechpartner, Vertrauensperson und gleichermaßen Lotse im Gesundheitssystem. Das soll auch  
483 so bleiben. In den kommenden Jahren werden viele Hausärzte in den Ruhestand gehen. Deswegen  
484 wollen wir in Abstimmung mit den Akteuren im Gesundheitswesen zielgerichtete Maßnahmen  
485 gerade für jüngere Hausärztinnen und Hausärzte schaffen, sich in Rheinland-Pfalz niederzulassen  
486 oder eine angestellte Tätigkeit aufzunehmen.

487 Ein wichtiger Erfolg ist für uns die Einrichtung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an der  
488 Universitätsmedizin Mainz. Wir werden den „Masterplan zur Stärkung der ambulanten  
489 hausärztlichen Versorgung“ gemeinsam mit unseren Partnern weiter umsetzen und den  
490 Landeszuschuss zur Niederlassung von Hausärzten in gering versorgten, meist ländlichen Gebieten,  
491 fortführen und nach Möglichkeit erhöhen. Zudem wollen wir prüfen, inwieweit wir  
492 Medizinstudierende fördern können, die zusagen, dass sie nach ihrem Studium eine mindestens  
493 fünfjährige Tätigkeit als Hausarzt oder Hausärztin aufnehmen.

494 Wir werden gezielt Arztpraxen an angestellte Ärzte vermieten. Damit können wir eine angestrebte  
495 Selbstständigkeit der Hausärzte nach der Anstellung fördern. Wir wollen neue attraktive  
496 Arbeitsformen gerade für junge Ärztinnen und Ärzte unterstützen, die es ihnen erlauben, Familie und  
497 Beruf besser zu vereinbaren und ihre Arbeitszeit flexibler zu gestalten.

498 Wir wollen, dass qualifizierten medizinischen Fachkräften mehr ärztliche Aufgaben übertragen  
499 werden können, um Hausärzte zu entlasten. Deswegen wollen wir Delegationsprojekte -  
500 beispielsweise durch Versorgungsassistenten in Hausarztpraxen - ausbauen.

501

#### 502 **12. Gute Pflege ist ein Grundrecht**

503 In Rheinland-Pfalz sollen die Menschen im Alter gut versorgt sein. Dafür stehen unsere  
504 Pflegestützpunkte im ganzen Land, die ambulanten und stationären Pflegedienste und unsere  
505 Gemeindeschwester Plus. Auch dafür wurde Ministerpräsidentin Malu Dreyer 2015 der Deutsche  
506 Pflegepreis verliehen. Die meisten Menschen werden heute weit älter als die Generationen vor uns..  
507 Das ist für uns alle ein großes Glück. Nicht jeder und jede wird dabei auf Pflege angewiesen sein.

508 Dennoch wird der Unterstützungs- und Pflegebedarf steigen. Gute Pflege ist für uns eine  
509 Grundpflicht der Gesellschaft und ein Grundrecht jedes Menschen.

510 Dieses Grundrecht muss für die Zukunft gesichert werden. Wir werden die ambulante Pflege weiter  
511 stärken. Schließlich möchten die meisten Menschen am liebsten zuhause gepflegt werden. Wir  
512 werden uns für eine stärkere Kooperation und Arbeitsteilung in der medizinischen und pflegerischen  
513 Versorgung einsetzen. Die Medizinischen Versorgungszentren werden wir dazu um die Zuständigkeit  
514 für die Pflege erweitern.

515 Wir werden gemeinsam mit den Pflegekassen und den Kommunen die Pflegeinfrastruktur vor Ort  
516 weiterentwickeln. Unsere Pflegestützpunkte und die Beratungs- und Koordinierungsarbeit in den  
517 Quartieren sind ein wichtiges Rückgrat, sie wollen wir stärken. Die Tagespflege zur Entlastung der  
518 Angehörigen und zur Stärkung der Teilhabe der Menschen mit Pflegebedarf wollen wir weiter  
519 ausbauen.

520 Wir wollen die stationären Pflegeeinrichtungen gemeinsam mit den Trägern weiterentwickeln, um  
521 neue Versorgungs- und Betreuungskonzepte, die vielfach erprobt wurden, nutzen zu können. Mit der  
522 Reform des Landeswohnformen- und Teilhabegesetzes haben wir bereits einen Mentalitätswechsel  
523 angestoßen, der weitergehen muss.

524 Mit unseren Pflege-Strukturen sind wir heute schon bundesweit Spitze. Wir wollen aber, dass alle  
525 Menschen wenn der Pflegefall eintritt, schnell ihren Anspruch auf gute Pflege umsetzen können.  
526 Schließen haben viele Menschen Sorge, was passiert, wenn sie selber, ihr Partner oder ihre Eltern  
527 von einem Tag auf den anderen pflegebedürftig werden. Vieles muss entschieden und organisiert  
528 werden. Dazu haben die meisten weder das Wissen noch die Zeit.

529 Künftig soll in Rheinland-Pfalz jeder ältere Mensch, jeder Sohn, jede Tochter die Sicherheit haben:  
530 Wenn Pflegebedürftigkeit in der Familie eintritt, bekommen sie einen Helfer zur Seite gestellt: Sie  
531 haben Anspruch auf einen Persönlichen Pflege-Manager.

532 Dieses Versprechen werden wir umsetzen, indem wir unsere Pflegestützpunkte aufwerten. Sie  
533 bekommen mehr Personal und mehr Kompetenzen. Die Menschen, die dort arbeiten, werden zu  
534 Persönlichen Pflege-Managern. Wenn ein Pflegefall eintritt, kommen sie und besprechen was zu tun  
535 ist. Sie sind Pflege-Experten und kennen die Verhältnisse vor Ort, die Ansprechpartner und die  
536 richtigen Wege. Menschen, die Pflege brauchen, können ihnen Kompetenzen übertragen, alles  
537 Notwendige zügig zu regeln. Dies werden wir ab 2016 schrittweise umsetzen.

538 Menschen mit Demenzerkrankungen und ihre Angehörigen brauchen besondere Aufmerksamkeit  
539 und Unterstützung. Wir werden deshalb die Empfehlungen des Expertenforums Demenz bei uns im  
540 Land umsetzen. Dazu wollen wir unter anderem Anreize schaffen, dass die unterschiedlichen

541 Leistungsanbieter besser kooperieren können und die Qualität ihre Arbeit noch weiter verbessert  
542 werden kann.

543 Damit die Menschen erst zu einem möglichst späten Zeitpunkt pflegebedürftig sind, werden wir die  
544 präventive Arbeit stärken. Mit der GemeindeschwesterPlus haben wir ein neues Angebot für  
545 hochbetagte Menschen geschaffen, die noch keine Pflege brauchen, sondern Unterstützung und  
546 Beratung. Die GemeindeschwesterPlus kümmert sich um die Menschen zuhause und berät sie.  
547 Dieses Angebot wollen wir ausbauen.

548

### 549 **13. Gute Löhne für Fachkräfte in sozialen Berufen**

550 Gute Pflege und gute medizinische Versorgung brauchen qualifizierte Fachkräfte. Unsere  
551 Pflegekräfte, die Krankenschwestern, Physiotherapeuten und alle anderen Beschäftigten in den  
552 Gesundheitsberufen leisten einen Knochenjob. Dafür brauchen sie nicht nur unsere Anerkennung,  
553 sondern sie haben einen Anspruch auf gute und gerecht bezahlte Arbeit. Nur wenn wir ausreichend  
554 Fachkräfte in diesen Berufen haben, werden wir in Zukunft flächendeckend gute  
555 Versorgungsangebote sichern können. Dafür werden wir sorgen.

556 Wir haben als erstes Bundesland eine Pflegekammer eingeführt. Damit haben wir eine  
557 institutionalisierte Interessensvertretung für alle Pflegekräfte im Land geschaffen und sie damit  
558 deutlich gestärkt.

559 Im Rahmen des Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“, der Fachkräftestrategie und der  
560 Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Pflege haben wir wichtige Weichen gestellt. Diesen Weg  
561 werden wir fortführen. Wir werden uns weiter für eine fachlich breite Ausbildung in der Pflege  
562 einsetzen. Um die Attraktivität des Pflegeberufs weiter zu erhöhen, machen wir uns für eine  
563 zusätzliche duale Pflegeausbildung stark.

564 Wir wissen, dass wir auch Fachkräfte aus Ländern außerhalb der EU brauchen, um den künftigen  
565 Fachkräftebedarf in der Pflege zu decken. Diese Menschen wollen wir gut integrieren und  
566 weiterqualifizieren, beispielweise durch Sprachkurse und Nachschulungsprogramme.

567 Im Interesse der Fachkräftesicherung wollen wir weiter am schrittweisen Aufbau der Anzahl  
568 schulgeldfreier Physiotherapeutenschulen gemäß dem Ausbildungsstättenplan arbeiten.

569

### 570 **14. Mehr Aufmerksamkeit für Wohnen im Alter**

571 Die Menschen bleiben heutzutage auch im Alter länger vital und fit. Sie arbeiten, engagieren sich und  
572 sind ein lebendiger Teil unserer Gesellschaft. Das ist ein großes Glück. Wir möchten, dass sie

573 möglichst lange selbstständig in ihrer eigenen Wohnung leben können und nicht allein sind.  
574 Schließlich wird die Zahl der Großfamilien geringer und oftmals arbeiten und leben die Kinder weit  
575 entfernt.

576 Wir setzen hier auch auf neue Wohnformen wie Mehrgenerationenprojekte und Pflege-  
577 Wohngruppen sowie auf die Förderung eines generationengerechten Wohnens. Gerade dort, wo  
578 Menschen nicht mehr alleine in ihrer eigenen Wohnung leben können oder wollen, können  
579 Wohngemeinschaften eine Alternative sein. Mit dem Programm WohnPunkt unterstützt die  
580 Landesregierung bereits heute den Ausbau ambulanter Wohngemeinschaften und die Bildung von  
581 Wohngenossenschaften, insbesondere in kleinen Ortschaften. Dies wollen wir stärken. Außerdem  
582 wollen wir die bestehenden Beratungsangebote zum barrierefreien Wohnen und zum PflegeWohnen  
583 noch stärker aufeinander abstimmen.

584 Um die Nachbarschaften zu fördern, brauchen wir aktive Kommunen. Deshalb wollen wir unsere  
585 Kommunen durch die Fortführung der Servicestelle „Kommunale Pflegestrukturplanung und  
586 Sozialraumentwicklung“ unterstützen, zeitgemäße Pflegestrukturen vor Ort zu schaffen und zu  
587 entwickeln.

588

## 589 **15. Gut und bezahlbar Wohnen in Rheinland-Pfalz**

590 Der demografische Wandel beeinflusst die zukünftige Wohnsituation sowohl in städtischen als auch  
591 in den ländlichen Regionen. Vor allem muss es in den Städten auch mit geringeren Einkommen  
592 möglich sein, zur Miete zu wohnen. Deswegen setzen wir uns für bezahlbare Mieten in den  
593 Ballungszentren ein. In Rheinland-Pfalz gelten die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze. In den  
594 eher ländlichen Gebieten sorgen wir dafür, dass Wohnen dort weiterhin attraktiv bleibt. Wenn die  
595 Bevölkerungsstruktur sich ändert, müssen wir dazu passende Wohnformen überall in Rheinland-Pfalz  
596 anbieten. Zum anderen müssen wir aber auch - unter Wahrung der kommunalen Planungshoheit –  
597 überall ausreichend bezahlbare Wohnangebote gerade für Familien bereit stellen. Auf dem Land  
598 muss es dazu genauso wie in den Städten eine familiengerechte Infrastruktur geben. Aber auch  
599 moderne gemeinsame Wohnformen können dazu beitragen, dass Wohnen in den ländlichen  
600 Regionen interessant bleibt. Mit dem Programm „Mehr Mitte bitte“ stärken wir die Ortskerne.

601 Wir brauchen eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus. Mit der Förderung von 4.200 neuen  
602 Wohnungen in unserem Land bereits 2016 setzen wir einen klaren Akzent. Diese Politik werden wir  
603 ausbauen und verstetigen. Unsere Programme leisten einen flexiblen Beitrag, in dem sie den  
604 jeweiligen Bedingungen angepasst werden. Zugleich muss beim Wohnungsneubau angesichts einer

605 älter werdenden Gesellschaft verstärkt auf barrierefreie Wohnungsangebote gesetzt werden. Auch  
606 im privaten Wohnungsbau muss Barrierefreiheit eine sehr viel stärkere Rolle spielen.

607

## 608 **16. Rheinland-Pfalz ist Einwanderungsland**

609 Wir wollen die Chancen der Zuwanderung für Rheinland-Pfalz nutzen. Es sind wirtschaftliche  
610 Chancen, denn wir brauchen auch Fachkräfte von außen. Es sind soziale Chancen, denn in vielen  
611 Bereichen - insbesondere den Pflegeberufen - können Menschen aus anderen Ländern mithelfen  
612 unser Land zu gestalten. Es können sich aus der Öffnung für das Zusammenleben mit Menschen aus  
613 anderen Regionen aber auch kulturelle und innovative Impulse entwickeln, die unsere insgesamt  
614 Gesellschaft zukunftsfähiger machen.

615 Nicht alle, die jetzt als Flüchtlinge zu uns kommen, haben ein Bleiberecht - und sie müssen uns  
616 schnell wieder verlassen. Wir setzen dabei möglichst auf freiwillige Rückkehr in die Herkunftsländer.  
617 Viele werden uns auch später wieder verlassen, wenn der Grund ihrer Flucht weggefallen ist. Viele  
618 werden aber auch dauerhaft bleiben. Wir wollen auch für sie Rheinland-Pfalz aktiv als ein attraktives  
619 Einwanderungsland gestalten.

620 Auf Landesebene haben wir durch die Schaffung eines eigenen Ministeriums die administrativen  
621 Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Aufenthalts- und Einbürgerungsfragen sowie soziale  
622 Integration aus einer Hand gesteuert werden. Aber Zuwanderung erfordert Regeln, insbesondere bei  
623 qualifizierten Fachkräften außerhalb der Notaufnahme als Flüchtlinge. Wir haben daher eine  
624 Bundesratsinitiative für ein modernes Einwanderungsrecht gestartet. Und wir wollen die  
625 Einbürgerung in Deutschland erleichtern, denn viele Menschen mit Migrationsgeschichte sind längst  
626 integriert, und sie sollten dann auch in rechtlichem Sinne Deutsche werden. Die  
627 Einbürgerungskampagne des Landes wollen wir fortsetzen.

628 Durch die mit den Industrie- und Handelskammern konzipierten und von diesen betriebenen  
629 Welcome-Centern ist ein wichtiger Schritt zur Attraktivitätssteigerung für qualifizierte  
630 Einwanderinnen und Einwanderer erreicht. Wir wollen die Kommunen in ihren Anstrengungen  
631 unterstützen, ihre Migrations- und Integrationspolitik im Sinne einer kommunalen  
632 Willkommenskultur fortzuentwickeln.

633 Um eine frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, beginnt das Land schon in den  
634 Erstaufnahmeeinrichtungen die schulischen und beruflichen Kompetenzen zu erfassen und die  
635 notwendigen Schritte in die Wege zu leiten. Der von der Landesregierung initiierte  
636 Beschäftigungspilot wird Flüchtlinge auch nach der Zuteilung auf die Kommunen auf dem Weg in  
637 Ausbildung und Beruf begleiten.

638 Zur interkulturellen Öffnung gehört es auch, dass der Anteil der Menschen mit  
639 Migrationshintergrund in den öffentlichen Verwaltungen, in Schulen und bei der Polizei deutlich  
640 erhöht wird. Um die politische Integration zu stärken, werden wir weiter für ein kommunales  
641 Wahlrecht für alle eintreten, also auch für Nicht-EU-Bürger.

642 Den Herkunftssprachenunterricht führen wir fort. Herkunftssprachen wichtiger Migranten-  
643 Communities werden wir verstärkt als Fremdsprache in den Schulen anbieten.

644 Vorhandene Modellangebote zum islamischen Religionsunterricht werden wir in Abstimmung mit  
645 den anerkannten muslimischen Religionsgemeinschaften stufenweise in einen regulären islamischen  
646 Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften  
647 überführen. Den Dialog mit den muslimischen Verbänden werden wir fortsetzen.

648

## 649 **17. Humane Flüchtlings- und Asylpolitik**

650 Wir richten unsere Flüchtlings- und Asylpolitik an humanitären Gesichtspunkten aus. Für die Lösung  
651 der humanitären Fragen der Flüchtlingspolitik brauchen wir eine gesamteuropäische Konzeption.  
652 Dazu gehört auch ein System der Verteilung von Flüchtlingen innerhalb möglichst aller europäischen  
653 Länder. Die vielfältigen außen-, wirtschafts-, handels- und umweltpolitischen Fluchtursachen müssen  
654 international bekämpft werden. Flüchtlinge und Asylsuchende, bei denen die Verfahren ergeben,  
655 dass sie nicht in Deutschland bleiben können, müssen das Land verlassen. Wir setzen dabei vorrangig  
656 auf freiwillige Rückkehr.

657 In Rheinland-Pfalz schaffen wir im Schulterschluss mit den Kommunen und mit den zahlreichen  
658 ehrenamtlichen Initiativen eine Atmosphäre des Willkommenseins und der Unterstützung von  
659 Flüchtlingen. Wir unterstützen die Kommunen - von der Wohnraumbeschaffung bis hin zur  
660 Unterstützung von Flüchtlingskindern in Kitas und Schulen. Mit der landesweiten  
661 Koordinierungsstelle und zusätzlichen finanziellen Mitteln haben wir die vielfältigen ehrenamtlichen  
662 Initiativen gestärkt. Mit der Abschaffung der Residenzpflicht, dem starken Ausbau der Kapazitäten  
663 der Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes, dem Aufbau von Sprachkursangeboten, der Ausweitung  
664 der Beratungsangebote und dem Aufbau einer psychosozialen Beratung sind im Flüchtlingsbereich  
665 sehr wichtige Maßnahmen ergriffen worden.

666 Wir wollen, dass in Rheinland-Pfalz Integration gelingt. Deshalb werden wir alle Hilfsmaßnahmen  
667 kontinuierlich evaluieren und weiterentwickeln. Wir werden Projekte vorantreiben, die den Zugang  
668 von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt verbessern. Das verabschiedete Integrationskonzept der  
669 Landesregierung wollen wir umsetzen und weiterentwickeln. Mit der Erfassung der Qualifikationen  
670 von Asylsuchenden in den Erstaufnahmeeinrichtungen und anschließenden Nachqualifikationen und

671 Sprachangeboten ist hier ein wichtiger Schritt gemacht worden. Wir setzen uns für ein verbessertes  
672 Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge ein, die hier eine Ausbildung beginnen.

673

#### 674 **18. Wirtschaftlichen Erfolg gemeinsam sichern**

675 Der Erhalt und die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze ist ein grundlegendes Ziel der SPD in  
676 Rheinland-Pfalz. Wir stehen für gute Rahmenbedingungen und einen klaren Anspruch: Soziale  
677 Gerechtigkeit und ökonomische Vernunft verbinden - gemeinsam mit den Sozialpartnern von  
678 Kammern, Verbänden und Gewerkschaften. Wirtschaft braucht dabei Regeln, aber keine  
679 überflüssigen. So sichern wir gute Arbeit und gute Bedingungen für die Unternehmen. Wir nehmen  
680 den Bürokratieabbau ernst. Welcome Center, Fachkräftestrategie, schnelle Genehmigungen, die  
681 Aufwertung der Innenstadtlagen, unsere Bemühungen für die Breitband- und Verkehrsinfrastruktur:  
682 Das alles sind Impulse für den Mittelstand.

683 Unser Ziel ist es, unnötige bürokratische Belastungen zu vermeiden, speziell für kleine und mittlere  
684 Betriebe. Mit dem neuen Mittelstandsförderungsgesetz haben wir dafür bereits die Grundlage  
685 gelegt. Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung und stellen noch mehr auf elektronische  
686 Verfahren um.

687

#### 688 **19. Innovationen für eine starke Wirtschaft**

689 Wir wollen die Chancen durch neue technologische Entwicklungen und neu entstehende und sich  
690 verändernde Märkte nutzen. Innovationen von heute sind die ökonomischen Chancen von morgen.  
691 Wir stehen dafür, dass Rheinland-Pfalz führender Innovationsstandort bleibt und für die junge,  
692 internetaffine Gründerszene noch attraktiver wird („Start-up-Land“). Bei Neugründungen liegt unser  
693 Land unter den Flächenländern auf Platz eins. Mit einer Dachmarke „Gründerland Rheinland-Pfalz“  
694 schaffen wir eine Werbemarke für alle gründungsrelevanten Initiativen. Technologiegründer und  
695 junge innovative Unternehmen begleiten wir durch die Einrichtung von „Start-up-Lotsen“. Dabei gilt  
696 immer: Starke Industrie und junge, kreative Unternehmen sind kein Gegensatz. Sie stärken sich  
697 gegenseitig. Wir setzen deshalb auf die Zusammenarbeit zwischen unseren etablierten Unternehmen  
698 und den jungen Start-ups.

699 Bei unserer Wirtschaftsstruktur ist klar: Die Innovationsförderung ist auf die Situation von kleineren  
700 und mittleren Unternehmen zugeschnitten. Dazu gehört auch, Mittelstand und Handwerk bei ihren  
701 Betriebsübergaben zu unterstützen. Wir verstärken den Wissenstransfer. In einem Netzwerk mit den  
702 Wirtschaftsverbänden und den wissenschaftlichen Einrichtungen werden wir die vorhandenen  
703 Technologiezentren des Landes schwerpunktbezogen ausbauen. Zudem etablieren wir ein zentrales

704 Innovationsportal als zentrale Anlaufstelle im Internet. Mit einem Aufbau eines landesweiten  
705 Kompetenzzentrums „Smart Services“ für produktionsnahe Dienstleistungen zur Digitalisierung und  
706 eines landesweiten Netzwerkes „Handel Digital“ schaffen wir Angebote für mittelständische  
707 Handelsunternehmen und Einzelhändler für die Herausforderung der digitalen Wirtschaft. Wir  
708 schaffen ein Netzwerk Maschinenbau und Produktionstechnik und stärken somit diesen wichtigen  
709 Bereich unserer Wirtschaft mit dem Ziel, den Leitmarkt des Maschinen- und Anlagenbaus in  
710 Rheinland-Pfalz auszubauen. Mit regionalen Wagniskapitalfonds binden wir verstärkt privates Kapital  
711 mit ein. Neue Formen der Unternehmensfinanzierung werden an Bedeutung gewinnen (zum Beispiel  
712 Crowdfunding). Rheinland-Pfalz muss sein Beratungsangebot hier ergänzen. Die Etablierung eines  
713 Kompetenzzentrums bei der ISB werden wir prüfen.

714

## 715 **20. Drei Säulen unserer Wirtschaft: Industrie, Mittelstand, Handwerk**

716 Die Industrie ist und bleibt zentraler Impulsgeber für den wirtschaftlichen Erfolg von Rheinland-Pfalz.  
717 Wir stehen für eine aktive Industriepolitik. Wir werden den Industriedialog fortsetzen und die  
718 Umsetzung der gemeinsam mit den Verbänden und Gewerkschaften entwickelten  
719 Maßnahmenpakete mit Nachdruck betreiben. Gemeinsam mit der Wirtschaft starten wir einen  
720 Dialog zur Digitalisierung und Industrie 4.0. Mit landesweiten Digitalisierungslotsen für kleine und  
721 mittlere Unternehmen (KMU) helfen wir bei der Ausrichtung auf die digitalen Herausforderungen.  
722 Mit uns wird die IT-Sicherheitskampagne für kleine und mittlere Unternehmen in Rheinland-Pfalz  
723 fortgeführt.

724 Die Chemie- und Pharmaindustrie vernetzen wir durch einen Fachdialog. Wir entwickeln ein  
725 Logistiknetzwerk. Die Logistik ist nicht nur ein Beschäftigungsfaktor, sondern auch ein wichtiger  
726 Standortfaktor.

727 Wir stellen unsere Mittelstands- und Handwerksförderung in der nächsten Legislaturperiode neu auf:  
728 Digitalisierung, Demografie, Energiewende und Globalisierung - auf diese gesellschaftlichen Trends  
729 braucht es immer wieder neue Antworten, gerade im Mittelstand. Unser Land ist wie kaum ein  
730 anderes durch erfolgreiche Mittelständler und Handwerksbetriebe geprägt - sie sind Rückgrat  
731 unseres wirtschaftlichen Erfolgs, für gute Arbeit und Wohlstand mit Zukunft. Gemeinsam mit der  
732 Wirtschaft entwickeln wir das Programm „Mittelstandsförderung 2020“. Wir setzen uns im Handwerk  
733 dafür ein, dass der Bau und die Ausstattung überbetrieblicher Lehrlingswerkstätten auch künftig den  
734 Erfordernissen entsprechen. Darüber hinaus wollen wir die Existenzgründungen im Bereich des  
735 Handwerks - insbesondere von Frauen - weiter unterstützen und Innovationen im Handwerk gezielt  
736 fördern.

737 Mit dem Schwerpunkt „Das Handwerk ist weiblich“ wollen wir vermehrt Frauen ansprechen. Damit  
738 unterstützen wir die Handwerkskammern, junge Frauen gerade für technische und technikleibliche  
739 Berufe im Handwerk zu begeistern. Es gilt, das Interesse für die mathematisch-  
740 naturwissenschaftlichen Fächer früher zu wecken. Schon im Bereich der Kindertagesstätten und der  
741 Grundschulen kann hier mehr getan werden, auch um geschlechtsspezifische Muster späterer  
742 Berufswahl- oder Studienentscheidungen zu korrigieren.

743

#### 744 **21. Duale Ausbildung ist unser Standortvorteil**

745 Wir stehen für eine frühzeitige und umfassende Berufsorientierung in allgemeinbildenden Schulen.  
746 Die duale Ausbildung und der Meisterbrief gehören zusammen, sie bleiben unsere Erfolgsmodelle.  
747 Gemeinsam mit allen Partnern in der beruflichen Bildung setzen wir mit dem Projekt „Kompetent in  
748 eigener Sache“ verbindliche Standards der Beratung und Information. Mit dem Modellprojekt „BS20 -  
749 Berufsschule 2020“ erproben wir innovative Modelle zur Weiterentwicklung der Berufsbildenden  
750 Schulen und sichern die duale Ausbildung in der Fläche.

751 Gemeinsam mit allen Partnern legen wir ein Stärkungsprogramm für die Berufsbildung auf. Wir  
752 werden die Zahl der in Rheinland-Pfalz angebotenen dualen Studiengänge erhöhen. Insbesondere in  
753 den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Maschinenbau und Elektrotechnik wird das Angebot bis  
754 2021 kontinuierlich erweitert.

755

#### 756 **22. Fachkräfte sichern - Mehr Lehrstellen anbieten**

757 Der Fachkräftesicherung kommt angesichts des demografischen Wandels eine immer größer  
758 werdende Bedeutung zu. Malu Dreyer hat mit den Partnern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und  
759 Politik die Fachkräftestrategie des Landes mit mehr als 200 Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht.

760 Unsere Unternehmen sind auf erstklassig ausgebildete Mitarbeiter angewiesen, um im  
761 internationalen Wettbewerb zu bestehen. Neben der dualen Erstausbildung spielt für uns das  
762 „lebenslange Lernen“ durch ständige Fort- und Weiterbildung, die von uns verstärkt gefördert wird,  
763 eine wichtige Rolle.

764 Gerade angesichts der Zuwanderung vieler jüngerer Menschen ergibt sich jetzt die Chance, die  
765 Fachkräfteausbildung in unseren rheinland-pfälzischen Betrieben deutlich auszubauen. Die  
766 Wirtschaft betont zu Recht, dass sich hier neue Perspektiven ergeben. Wir gehen aber auch den  
767 erfolgreichen Weg des Ovalen Tisch der Ministerpräsidentin weiter: Es geht darum, gemeinsam  
768 verstärkt für alle Jugendlichen Lehrstellen anzubieten. Bei Bewerberinnen und Bewerbern mit

769 Migrationsgeschichte ist auch zu prüfen, welche zusätzlichen Integrationshilfen es geben kann, zum  
770 Beispiel durch ausbildungsbegleitende Hilfestellungen zum Vermeiden von Ausbildungsabbrüchen.

771

### 772 **23. Die Energiewende vollenden**

773 Mit der Vollendung der Energiewende bis 2050 gestalten wir den sozial-ökologischen Wandel. Diese  
774 dringend nötige Energiewende muss für die Wirtschaftsunternehmen sowie für die privaten  
775 Haushalte und Kommunen finanzierbar bleiben. Bis zum Jahr 2030 wird der Strombedarf des Landes  
776 bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gedeckt. Für uns ist klar: Die Energiewende  
777 gelingt mit dem Dreiklang „Energieeinsparung - Energieeffizienz - Erneuerbare Energien“.

778 Wir stärken die Dezentralisierung der Energieversorgung und dabei insbesondere die  
779 Hocheffizienztechnologie Nummer eins: Kraft-Wärme-Kopplung als Bindeglied von Strom- und  
780 Wärmeerzeugung. Wir fördern innovative Speichertechnologien (Batterien, Power to Gas, Power to  
781 Heat, Pumpspeicher etc.).

782 Bei der Sanierung öffentlicher Gebäude sollen die öffentlichen Eigentümer durch den Einbau  
783 moderner Eigenversorgungsanlagen mit gutem Beispiel vorangehen. Für den privaten Bereich  
784 werden wir entsprechende Beratungsangebote gemeinsam mit der Verbraucherzentrale, der  
785 Energieagentur, Hochschulen und allen weiteren Akteuren auflegen.

786 Bei der umweltfreundlichen Stromerzeugung muss die Windkraft eine zentrale Rolle spielen.  
787 Allerdings müssen wir darauf achten, dass sie nur in Vereinbarkeit mit dem Landschafts- und  
788 Naturschutz sowie dem Schutz der Kulturlandschaft erfolgen kann. Hinsichtlich der Photovoltaik  
789 wollen wir eine verstärkte dezentrale Nutzung auf privaten, gewerblichen und öffentlichen Dächern  
790 in Verbindung mit Stromspeichern erreichen und deshalb bei der nächsten EEG-Novelle verbesserte  
791 Bedingungen für die Eigenstromnutzung durchsetzen.

792 Wir unterstützen neben der verstärkten Nutzung der Solarthermie die Bioenergienutzung in  
793 Verbindung mit Nahwärmenetzen zur Versorgung von Gemeinden, Wohnquartieren und öffentlichen  
794 Gebäuden. Wir unterstützen das bundespolitische Ziel eines 25-Prozent-Anteils der effizienten Kraft-  
795 Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung, gerade mit Blick auf ihre Ausgleichsfunktion angesichts  
796 der in der Leistung fluktuierenden erneuerbaren Energien. Wir werden uns für eine Verbesserung der  
797 Rahmenbedingungen im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz einsetzen.

798 Im Sinne des Klimaschutzes brauchen wir neben einer umweltfreundlicheren Stromerzeugung vor  
799 allem mehr Energieeinsparung und Energieeffizienz. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Heiz- und  
800 Warmwasserversorgung. Wir wollen unser breit angelegtes, umsetzungsorientiertes  
801 Beratungsprogramm zur Realisierung von Energieeinsparungen in allen Verbrauchssektoren

802 ausbauen, bei dem die Energieagentur, die Verbraucherzentrale und das Handwerk einbezogen  
803 werden. Wir werden eine Effizienzoffensive in Zusammenarbeit mit Hochschulexperten und der  
804 Energieagentur Rheinland-Pfalz starten. Wir werden uns für ein leistungsfähiges  
805 Effizienzförderprogramm des Bundes stark machen und die Vorbildfunktion des öffentlichen Bereichs  
806 für Energieeffizienz konsequent wahrnehmen.

807 Im Flächenland Rheinland-Pfalz sind energieautarke kommunale Lösungen, gerade vor dem  
808 Hintergrund des demografischen Wandels und der Versorgungsaufgabe im ländlichen Raum für das  
809 Gelingen der Energiewende besonders interessant und notwendig. Wo Bürgerinnen und Bürger in  
810 ihrer Kommune diesen Weg gehen wollen, werden wir sie im Rahmen der landespolitischen  
811 Kompetenzen unterstützen.

812 Wir werden ein Programm „Energieautarke Gemeinden“ auflegen. Mit Kreisverwaltungen,  
813 Genehmigungsbehörden, dem Landesbetrieb Mobilität und der Energiewirtschaft werden wir eine  
814 Informationsplattform entwickeln, um Gemeinden entsprechend zu unterstützen und frühzeitig  
815 Hilfestellung zu leisten.

816

#### 817 **24. Wir stehen für Mobilität - Rheinland-Pfalz setzt auf klugen Verkehrs-Mix**

818 Mobilität als Ausdruck individueller Freiheit sowie der schnelle Transport von Waren und Gütern:  
819 beides ist Grundlage eines modernen Gemeinwesens. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur  
820 gehören deshalb zu den wichtigsten Zukunftsinvestitionen in den Wirtschaftsstandort.

821 Wir haben bereits ein dichtes Straßennetz und viele erstklassige Bahnverbindungen. Dennoch stellt  
822 sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowie der Schuldenbremse in Land und Bund  
823 die Frage, wie zukunftsfähige Verkehrs- und Mobilitätskonzepten vor allem in ländlichen Regionen in  
824 Zukunft finanziert werden können.

825 Mobilität der Zukunft, das ist vor allem die kluge Verbindung von Individual- und öffentlichem  
826 Personenverkehr. Konkret: Wir setzen auf die effektive Verbindung von Fahrrad, Auto, Bus,  
827 Straßenbahn, LKW und Zug. Asphalt und Schiene sind kein Gegensatz: Nur mit einem klugen Mix und  
828 unter Einsatz neuer technischer Möglichkeiten wird es gelingen, sichere, schnelle und  
829 umweltverträgliche Mobilitätsangebote in ganz Rheinland-Pfalz zu garantieren.

830 Dabei wollen wir in der kommenden Legislaturperiode neue Wege gehen. Durch moderne Konzepte  
831 werden wir den ÖPNV in der Fläche stärken. Die verschiedenen ÖPNV-Angebote müssen besser  
832 aufeinander abgestimmt und barrierefrei werden. Besonders im ländlichen Raum müssen darüber  
833 hinaus die Linienverkehrsangebote verstärkt durch flexible Angebotsformen wie zum Beispiel  
834 Rufbusse, Taxi- und Mietwagen, Anrufsammeltaxis und Veranstaltungstaxis ergänzt oder auch ersetzt

835 werden. Unsere Förderpolitik wird hier ansetzen. Zudem müssen vernetzte Informationsangebote  
836 verschiedener Verkehrsträger verbessert werden. Daher wollen wir eine Rheinland-Pfalz-  
837 Mobilitätsplattform gründen, die über alle öffentlichen, individuellen und innovativen, so genannten  
838 „shared“ Mobilitätsangebote, informiert.

839 Auch autonomes Fahren kann eine Möglichkeit zur effektiven Koordination auch kleinteilig  
840 kundenorientierter Verkehrsangebote sein.

841 Wir halten unsere Klimaziele ein. Daher bauen wir auch die Elektromobilität in Rheinland-Pfalz weiter  
842 aus.

843

## 844 **25. Verkehrsinfrastruktur mit den richtigen Prioritäten**

845 Im Bereich des Straßenbaus halten wir an dem Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ fest. Angesichts enger  
846 finanzieller Spielräume und des dichtesten Straßennetzes im Vergleich der Bundesländer ist dies die  
847 richtige Priorität. Eingeschlossen ist darin die Instandsetzung zahlreicher Brücken im gesamten  
848 Straßennetz. Die PKW-Maut lehnen wir weiter ab. Sie ist kein geeigneter Beitrag zur  
849 Infrastrukturfinanzierung und in der vorgelegten Form auch europarechtswidrig. Für die  
850 Grenzregionen bestehen wir auf einer mautfreien Lösung für den kleinen Grenzverkehr.

851 Für die SPD ist klar: Wir brauchen Investitionen in die Zukunft unserer Infrastruktur. Der Ansatz im  
852 Landeshaushalt wird daher auf hohem Niveau verstetigt. Wir beginnen damit im Landeshaushalt  
853 2016. In der kommenden Legislaturperiode werden wir mit Unternehmen, Verbänden, Kommunen  
854 und Gewerkschaften Verabredungen über einen Mobilitätskonsens 2021 treffen und so gemeinsam  
855 über die Verkehrsinvestitionen der Zukunft beraten und entscheiden. In regionalen Mobilitätsforen  
856 entwickeln wir gemeinsam Antworten auf die regionalen Verkehrsherausforderungen.

857 Wir wollen den vierspurigen Ausbau der B10 von Pirmasens bis Landau, die zweite Rheinbrücke bei  
858 Wörth, den mehrstreifigen Ausbau der B 8 / B 414 zwischen hessischer und nordrhein-westfälischer  
859 Landesgrenze, den Ausbau des Mainzer Rings (A 643), den Lückenschluss der A 8 zwischen Merzig-  
860 Wellingen und Merzig-Schwemlingen, den A1-Lückenschluss sowie den Bau der Mittelrheinbrücke.

861 Gegenüber dem Bund werden wir weiter auf einen zügigeren Ausbau der Mosel-Schleusen drängen,  
862 der nicht nur für die Region Trier von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist. Die „Wasserstraße  
863 Rhein“ zwischen Bingen und Koblenz muss für den Binnenverkehr entlastet werden. Die zahlreichen  
864 Unfälle der vergangenen Jahre zeigen, dass hier der Bund dringend handeln muss. Eine Vertiefung  
865 der Rhein-Fahrrinne könnte eine erhebliche Verbesserung für den Güterverkehr im Mittelrheintal mit  
866 sich bringen.

867 Beim Güterstraßenverkehr setzen wir uns für eine konsequente Schwerverkehrsabgabe für alle  
868 Straßen und die Möglichkeit von einem Nachtfahrverbot für Lkw über 7,5 Tonnen in ausgewählten  
869 Kommunen ein. Wir werden zudem Modellvorhaben zum Kombiverkehr prüfen und ggf. mit dem  
870 Bund gemeinsam entwickeln. Trimodale Terminals werden ausgebaut.

871 Der Rheinland-Pfalz-Takt 2015 wird dauerhaft gesichert und nach Möglichkeit ausgebaut werden.  
872 Hierfür werden wir die Regionalisierungsmittel des Bundes einsetzen. Es war überfällig, dass sich der  
873 Bund hier seiner finanziellen Verantwortung stellt.

874 Die Deutsche Bahn AG muss ihre Infrastruktur in Rheinland-Pfalz auf dem Stand der Technik  
875 betreiben, also modernisieren. Das gilt insbesondere für Bahnhöfe und Haltepunkte. Sie wird zudem  
876 ihrem Auftrag nicht gerecht, wenn nicht alle rheinland-pfälzischen Oberzentren an den Fernverkehr  
877 angebunden werden. Weiterhin treten wir für die S-Bahn-Verbindung Zweibrücken - Homburg (Saar)  
878 ein. Wichtig ist auch der Ausbau der Weststrecke Trier für den Personennahverkehr, der zeitnah  
879 umgesetzt werden soll. Wir unterstützen die vorgesehene und längst überfällige Modernisierung der  
880 Schieneninfrastruktur, die Bund und Deutsche Bahn in Rheinland-Pfalz vornehmen müssen. Bei der  
881 Optimierung des Güterverkehrs sind trimodale Terminals (Schiene/Straße/Wasser) der richtige Weg.

882 Der Fahrradverkehr kann einen noch immer unterschätzten Beitrag zur nachhaltigen Mobilität und  
883 zur Entlastung der anderen Verkehre leisten, besonders innerorts. Die Fahrradinfrastruktur muss  
884 ausgebaut werden: mit mehr innerörtlichen Fahrradspuren, aber auch mit der Verbesserung der  
885 Nutzungsmöglichkeiten für E-Bikes durch überörtliche Schnell-Rad-Wege, durch Ladestationen an  
886 öffentlichen Gebäuden und sichere und komfortable Stellmöglichkeiten.

887

## 888 **26. Lärmschutz ist Lebensqualität**

889 Lärmschutz ist ein zentraler Bestandteil unserer Verkehrspolitik. Mobilität muss im Einklang mit der  
890 Umwelt und den Interessen der Menschen auf Sicherheit, Ruhe und Naherholung stehen. Daher  
891 setzten wir uns für klare Regelungen und mehr kommunalen Spielraum bei Tempo-30-Zonen ein.

892 Beim Schienenverkehr ist die nachhaltige und substantielle Entlastung der Bevölkerung des  
893 Mittelrheintals und der Mosel vom Bahnlärm unser zentrales Ziel. Eine Vertagung wirksamer  
894 Maßnahmen, wie jüngst von der EU-Kommission bei der Frage der Flüsterbremsen verlangt, ist  
895 untragbar. Hier muss unbedingt ein Fahrverbot für laute Güterzüge greifen, wenn die Umrüstung der  
896 Güterwaggons nicht bis 2020 erfolgt ist.

897 Die Planung einer Alternativstrecke zur Mittelrheintrasse muss zügig vorangetrieben werden. Das  
898 Mittelrheintal kann nicht länger warten. Es braucht Perspektiven, die seine Entwicklung antreiben

899 können und den Elan seiner Bewohnerinnen und Bewohner unterstützen. Eine Bewerbung des Tals  
900 für die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2031 unterstützen wir deshalb mit Nachdruck.

901 Zu unserem heutigen Verständnis von Mobilität gehören Flugreisen ebenso wie Fahrten mit der  
902 Bahn, dem Auto, anderen öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad. Flughäfen sind also  
903 notwendig, auch wenn sie für die unmittelbaren Anwohner oft starke Lärmbelastungen mit sich  
904 bringen. Es kommt deshalb darauf an, einen vernünftigen Kompromiss zwischen den  
905 unterschiedlichen Interessen herzustellen, um Mobilität möglich zu machen, aber auch die  
906 Lebensqualität im Alltag zu erhalten.

907 Das Land Rheinland-Pfalz wird gegenüber dem Betreiber des Flughafens Frankfurt, gegenüber der  
908 Hessischen Landesregierung und gegenüber der Bundesregierung auf eine weitere Lärminderung  
909 drängen. Dabei spielen angepasste Flugrouten, moderne Anflugverfahren sowie leise Flugzeuge eine  
910 Rolle. Die Sicherstellung und strikte Einhaltung des Nachflugverbotes ist ein unverzichtbarer  
911 Bestandteil zur Lärminderung. Die Nutzung des Flughafens Hahn für den zivilen Flugverkehr war  
912 struktur- und verkehrspolitisch richtig. Vom Flughafen Hahn hängen mehrere tausend Arbeitsplätze  
913 direkt oder indirekt ab. Er soll in Zukunft in privater Trägerschaft nachhaltig fortgeführt werden. Wir  
914 setzen darauf, dass die Fluggesellschaften ihn weiter nutzen und ihre Verbindungen ausbauen.

915

## 916 **27. Gute Arbeit stärken - Öffentliche Hand ist Vorbild**

917 Unsere Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik schafft die Rahmenbedingungen für sichere und  
918 zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wir setzen uns - nicht zuletzt mit unserem Tariftreuegesetz - seit vielen  
919 Jahren für faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ein. Der Mindestlohn wirkt und wir sagen klar:  
920 Mit uns gibt es keine Ausnahmen. Wir wollen dauerhaft Vollbeschäftigung, Gerechtigkeit am  
921 Arbeitsmarkt, gute Bezahlung und eine gerechte Einkommensverteilung. Dazu gehört die  
922 vollständige Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

923 Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte sind zentrale Partner für unsere Politik. Der Ovale Tisch  
924 der Ministerpräsidentin zeigt, wie erfolgreich unsere dialogorientierte Arbeitsmarkt- und  
925 Beschäftigungspolitik ist.

926 Wir starten zusammen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ein Programm „Guter  
927 Arbeitgeber Land“. Weiter verbesserte Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf über die  
928 gesamten Berufsphasen hinweg sind unser Ziel. Damit sind wir Vorbild einer neuen Arbeitszeitpolitik,  
929 die wir auch außerhalb des Staates stärken wollen. Mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement  
930 haben wir bereits entscheidende Impulse gesetzt. Das Land wird befristete Arbeitsverhältnisse  
931 minimieren. Ein Aktionsplan Weiterbildung stärkt die Qualität des öffentlichen Dienstes.

932 Wir werden in einen Dialog mit Gewerkschaften und Unternehmen treten, wie mehr  
933 Lohntransparenz hergestellt und Lohnungleichheit von Frauen und Männern abgebaut werden soll.  
934 Wir werden Unternehmen unterstützen, die dabei vorangehen wollen, etwa durch Einführung eines  
935 Lohnaudits mit dem Instrument eg-Check oder anderen modellhaften Vorhaben. Gleiches Geld für  
936 gleiche Arbeit ist auch mit Blick auf die Fachkräftesicherung ein wichtiges Element der  
937 Standortentwicklung.

938

## 939 **28. Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt - Arbeitsmarktpolitik stärken**

940 Gerechtigkeit ist unser politischer Kompass. Wir messen die Politik in den unterschiedlichen Ressorts  
941 immer zuerst daran, inwieweit sie zu mehr Gerechtigkeit beiträgt

942 Unserem Land geht es gut, aber deshalb geht es noch lange nicht allen in unserem Land gut. Die  
943 Einkommen und erst recht die Vermögen sind ungleich verteilt. Es gibt Menschen, die aus  
944 verschiedensten Gründen seit langem keinen Zugang zum Arbeitsmarkt mehr gefunden haben. Es  
945 gibt ein zunehmendes Risiko für Altersarmut und es gibt auch viele Kinder, die materiell benachteiligt  
946 aufwachsen. Für die SPD bleibt soziale Gerechtigkeit das wichtigste Ziel gerade auf dem  
947 Arbeitsmarkt.

948 Menschen mit Vermittlungsproblemen auf dem Arbeitsmarkt brauchen unsere besondere  
949 Unterstützung. Wir wollen, dass alle Menschen ihre Chancen bekommen. Dies gilt unabhängig, ob  
950 die Ursachen der schwierigen Perspektive in fehlenden schulischen oder beruflichen Abschlüssen  
951 oder sonstigen Hindernissen liegen. Zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt es  
952 auch hier keinen Unterschied. Ebenso gilt es, die Inklusion von Menschen mit Handicaps am  
953 Arbeitsmarkt zu verwirklichen.

954 Wir werden uns für mehr Arbeitsplätze für Menschen einsetzen, die heute nicht in dem Maße am  
955 Erwerbsleben beteiligt sind, wie sie sich das wünschen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse lehnen  
956 wir dabei ab. Mit unseren Arbeitsmarktmitteln wollen wir Langzeitarbeitslosen eine Perspektive  
957 geben und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Dafür muss die aktive Arbeitsmarktpolitik  
958 insbesondere auf Bundesebene intensiviert werden. Wir wollen für die Menschen, die im so  
959 genannten Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung festhängen, passgenaue Angebote  
960 entwickeln. Wir wollen für jeden jungen Menschen im Land eine Ausbildungsgarantie.

961 Mit jährlich deutlich über 300 arbeitsmarktpolitischen Initiativen und Projekten bekämpft die  
962 Landesregierung die Arbeitslosigkeit und stärkt das Potenzial von Arbeitnehmerinnen und  
963 Arbeitnehmern. Mit speziellen Förderansätzen, die aus Landes- und Fördermitteln des Europäischen  
964 Sozialfonds unterstützt werden, wird auf die besonderen Probleme der Zielgruppen eingegangen.

965 Dazu zählen Maßnahmen der Förderung des Zugangs zu lebenslangem Lernen und Steigerung der  
966 Fähigkeiten der Arbeitskräfte. Besonders hervorzuheben ist die Förderung der beruflichen  
967 Weiterqualifizierung von Beschäftigten durch den QualiScheck sowie Projekte zur Unterstützung  
968 beim Übergang von geringfügigen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Den  
969 Übergangsbereich von Schule und Ausbildung wollen wir besser verknüpfen. Unser Ziel ist „Hilfen aus  
970 einer Hand“ für mehr junge Menschen in Rheinland-Pfalz.

971 Durch Bundesratsinitiativen, wie beispielsweise zur Verhinderung der Umgehung von  
972 Arbeitnehmerschutzrechten durch Werkverträge und für faire und sichere Arbeitsbedingungen bei  
973 der Arbeitnehmerüberlassung, setzen wir uns für Arbeitnehmerschutzrechte und die Eindämmung  
974 prekärer Beschäftigungsverhältnisse ein. Wir wollen diesen Einsatz in der kommenden  
975 Legislaturperiode verstärken und insbesondere Fehlentwicklungen im Bereich von Billiglöhnen  
976 entgegenwirken. Hier darf insbesondere die Zuwanderung durch Flüchtlinge nicht dazu missbraucht  
977 werden, die Löhne weiter zu drücken.

978

## 979 **29. Digitalisierung und Demografie gestalten**

980 Die Digitalisierung geht mit grundlegenden und rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt einher.  
981 Die klassische Arbeitszeit von 9 bis 17 Uhr weicht mehr und mehr auf. Es entstehen neue Potenziale  
982 auf dem Arbeitsmarkt, aber auch viele Herausforderungen.

983 Digitale Arbeit und demografischer Wandel erfordern einen neuen Dialog zwischen Arbeitgebern  
984 sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Hier ist der Staat gefordert Brücken zu bauen und  
985 Wege zu öffnen. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für gute Arbeit nutzen und drohende  
986 Risiken wie die Entgrenzung von Arbeit klar benennen und ihnen entgegentreten. Deshalb werden  
987 wir in einem Handlungsprogramm „Digitale Arbeit“ regional- und branchenspezifische  
988 Entwicklungsziele entwickeln. Hier gilt besonders: Wir suchen den Schulterchluss mit den  
989 Gewerkschaften, um Risiken zu minimieren und Chancen zu nutzen. Unser Ziel ist, dass auch die  
990 Digitalisierung mithilft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

991 Wir fördern altersgerechte Arbeitsplätze in Unternehmen und Verwaltungen. Eine weitere dringliche  
992 Aufgabe bleibt die Verbesserung von Arbeitsschutz und betrieblicher Gesundheitsförderung.  
993 Schließlich die Fort- und Weiterbildung: Die Anforderungen an sie sind in einer dynamischen,  
994 wissens- und innovationsbasierten Wirtschaft ohnehin sehr groß. Sie wachsen aber durch die älter  
995 werdenden Belegschaften. Wir werden mit den Unternehmen den Dialog suchen und Maßnahmen  
996 mit ihnen gemeinsam entwickeln, etwa zur Erhaltung der Gesundheit ihrer Belegschaft. Wir werden  
997 dazu zusammen mit Experten und Partnern eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe einrichten und

998 Konzepte bündeln, damit kleine und mittlere Unternehmen stärker von bereits bestehenden  
999 Maßnahmen profitieren können.

1000

### 1001 **30. Schnelles Netz - gute Zukunft**

1002 Wir sind beim Ausbau des schnellen Internets auf gutem Weg, aber noch nicht am Ziel. Die Zielmarke  
1003 haben wir klar definiert: Wir wollen im nächsten Schritt bis 2018 flächendeckend 50 MBit/S im  
1004 Technologiemix erreichen.

1005 Die mögliche Haushaltsversorgung von 30 Mbit/s schnellem Breitband ist in Rheinland-Pfalz bereits  
1006 in 77 Prozent der Haushalte möglich, damit liegen wir über dem Bundesschnitt. Bereits 66 Prozent  
1007 der Haushalte können 50 Mbit/s von den verschiedenen Anbietern per Kabel oder LTE empfangen.  
1008 Das ist die zweithöchste Steigerungsrate der Flächenländer.

1009 Wir werden die Dynamik im Breitbandausbau beschleunigen und den kommunalen Förderanteil so  
1010 gering wie möglich halten. Dies schaffen wir, indem wir die hohen Landesfördermittel von 70  
1011 Millionen mit Bundesmitteln kombinieren.

1012 Wir in Rheinland-Pfalz setzen dabei auf kommunale Ausbaugemeinschaften, in der Regel in der  
1013 Größe eines Landkreises.

1014 In Zukunft werden aber noch größere Bandbreiten benötigt. Industrie 4.0 oder auch Telearbeit von  
1015 zu Hause, Video- und Streaming-Angebote erfordern immer höhere Datenmengen. Deshalb hat die  
1016 Landesregierung eine 300 Mbit/s-Studie in Auftrag gegeben. Wir wollen wissen, wie wir den Weg in  
1017 die Gigabit-Gesellschaft schaffen können, welche Infrastrukturen ausgebaut werden müssen, in  
1018 welchen Schritten dies erfolgen kann und wie dies finanziert werden kann.

1019 Die Menschen sind immer mobiler und wollen auch von unterwegs schnell auf Informationen  
1020 zugreifen können. Die SPD-geführte Landesregierung will mehr freies WLAN ermöglichen und fordert  
1021 eine Änderung des Telemediengesetzes mit dem Ziel, die Störerhaftung abzuschaffen. Im Land  
1022 wollen wir den ersten Schritt tun und für mehr freies WLAN sorgen. Dies unterstützt im Besonderen  
1023 den Tourismus und die Feriengäste. Viele Städte verfügen schon über Free WiFi Zonen. Die SPD wird  
1024 ein Kommunales Programm für kleinere Gemeinden starten: 1.000 freie WLAN-Hotspot - in 1.000  
1025 Kommunen.

1026

1027 **31. Demografie trifft auf digitalen Wandel**

1028 Das Leben vor allem in den Dörfern verändert sich. Einerseits werden die Jüngeren weniger und die  
1029 Älteren leben länger. Andererseits öffnen sich durch die digitalen Möglichkeiten Chancen, diesen  
1030 Wandel gut zu gestalten. Wir in Rheinland-Pfalz wollen diese beiden Trends zusammenbringen.  
1031 Nahversorgung, Bring- und Holdienste, Gebäudebewirtschaftung, aber auch der ferngesteuerte  
1032 Traktor oder der Einsatz von Drohnen bei der Schädlingsbekämpfung im Weinberg sind Beispiele  
1033 dafür, wie neue Technologien unser Leben einfacher machen oder neue Strukturen entstehen.

1034 Auch im Gesundheitsbereich können heute Aufnahmen im Kernspintomographen vor Ort auf dem  
1035 Land gemacht und an der fernen Uniklinik vom Facharzt begutachtet werden. Patienten mit  
1036 chronischen Erkrankungen können mittels digitaler Technik ärztlich rund um die Uhr betreut werden,  
1037 je nach Erfordernis. Die SPD hat dies in einem Projekt mit dem Titel „Digitale Dörfer“ (englisch: smart  
1038 rural area) und wissenschaftlicher Begleitung auf den Weg gebracht.

1039

1040 **32. Nur starke Kommunen sichern gleichwertige Lebensverhältnisse**

1041 Wir sichern eine ausreichende Grundversorgung und gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen  
1042 Land. Dafür fördern wir innovative, demografiegerechte und inklusive Entwicklungsstrategien von  
1043 Stadt und Land. Wir schärfen alle Instrumente, um insbesondere in den Ballungsräumen bezahlbaren  
1044 Wohnraum zu erhalten und neuen zu schaffen . Wir fördern die enge Zusammenarbeit zwischen  
1045 Gemeinden, Städten und ihren benachbarten Gebietskörperschaften und entwick eln das Projekt  
1046 „Starke Kommunen - starkes Land“ zu einem Förderschwerpunkt weiter.

1047 Wir stärken die notwendige kommunale Investitionsfähigkeit durch die Fortführung der  
1048 Förderprogramme in den Bereichen Städtebau, Dorferneuerung und Investitions-Stock. Insbesondere  
1049 die Programme für kleine Zentren in ländlichen Räumen können in der Fläche viel bewegen. Die  
1050 Programme bieten einen breiten Instrumentenkasten für Gemeinden unterschiedlicher Größe und  
1051 Struktur. So wurde beispielsweise bei der Dorferneuerung und der Städtebauförderung in den  
1052 vergangenen Jahren ein Bewilligungsvolumen von gut 420 Millionen Euro bewegt. Diese Programme  
1053 haben nicht nur eine wichtige Bedeutung für die strukturelle Verbesserung der Städte und  
1054 Gemeinden, sondern auch eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf die regionale Wirtschaft.

1055 Wir nutzen die Landesgartenschauen als Motor, um großflächige Industriebrachen und frei werdende  
1056 Militärgelände einer nachhaltigen Nutzung zuzuführen und der Region einen wirtschaftlichen  
1057 Entwicklungsimpuls zu geben. Themen wie Barrierefreiheit, nachhaltige Mobilität, familien- und  
1058 kinderfreundliches Wohnen und Leben, klimafreundliche und naturnahe Entwicklung in Stadt und  
1059 Land, moderne und nachhaltige gartenbauliche Gestaltung und die Verbindung einer modernen und

1060 inklusiven Quartiersentwicklung mit sozialem, barrierefreiem Wohnungsbau sowie die Anpassung an  
1061 den demografischen Wandel stehen zukünftig im Mittelpunkt.

1062 Neben der Vorbereitung der fünften Landesgartenschau in 2022 werden wir prüfen, inwieweit neue  
1063 Impulse in der Regionalentwicklung gesetzt werden können: Regionen des Landes könnten dann die  
1064 Möglichkeit erhalten, gemeinsam Maßnahmen aus den bestehenden Förderprogrammen des Landes  
1065 prioritär, aber zeitlich begrenzt, gefördert zu bekommen.

1066 Das Programm Soziale Stadt soll in unverminderter Höhe fortgeführt werden, um Quartiere mit  
1067 sozialen Problemlagen in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Die Impulse dafür müssen dabei aus den  
1068 Kommunen kommen. Das Land wird hier mit Beratungsangeboten zur Verfügung stehen.

1069

### 1070 **33. Kreative und lebendige Kommunen - hier lebt Gemeinsinn**

1071 Wie wir mit großen gesellschaftspolitischen Themen wie dem Demografischen Wandel oder der  
1072 Aufnahme und Integration von Flüchtlingen umgehen, entscheidet sich maßgeblich in den  
1073 Kommunen. Daher wollen wir weiterhin in guter Partnerschaft die Kommunen in ihrer Handlungs-  
1074 und Leistungsfähigkeit begleiten und stärken.

1075 Die Verbesserung der Finanzlage der Kommunen ist uns weiter ein wichtiges Anliegen. 2010 haben  
1076 wir den Kommunalen Entschuldungsfonds eingeführt. Allein für die Jahre 2012 bis 2014 wurden den  
1077 Kommunen rund 463 Millionen Euro Landeszuweisungen ausbezahlt. Mit den  
1078 Konsolidierungsbeiträgen der Kommunen waren dies rund 617 Millionen Euro.

1079 Wir stehen dafür, den Kommunen zukunftsfeste Strukturen zu gewährleisten. Mit der in der letzten  
1080 Legislaturperiode gestarteten und in den vergangenen Jahren fortgeführten Kommunal- und  
1081 Verwaltungsreform konnten bereits etliche Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden zu  
1082 neuen, leistungsstarken Verwaltungseinheiten fusioniert werden. Auch haben wir für die Kommunen  
1083 mit der „Experimentierklausel“ die Möglichkeit geschaffen, zur Weiterentwicklung der kommunalen  
1084 Strukturen und Aufgabenwahrnehmung im Einzelfall für bis zu fünf Jahren eine Ausnahme von  
1085 landesrechtlichen Zuständigkeits-, Form- und Verfahrensregeln zuzulassen.

1086 Wir werden die Kommunal- und Verwaltungsreform in einer zweiten Stufe fortsetzen. Auf der  
1087 Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen und in Kooperation sowie im Austausch mit allen  
1088 Beteiligten werden wir uns mit einer umfassenden Aufgabenkritik der einzelnen Ebenen sowie mit  
1089 Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung befassen. Ebenso werden wir die  
1090 Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und benachbarten Gebietskörperschaften  
1091 unterstützen und fördern. Und wir werden die Kommunen darin unterstützen, die Möglichkeiten des

1092 digitalen Wandels im Sinne von Bürgernähe, Vereinfachung und Präsenz in der Fläche verstärkt zu  
1093 nutzen. Die Aufgaben der Mittelbehörden werden wir auf den Prüfstand stellen.

1094 Der Erhalt und die Weiterentwicklung der kommunalen Handlungsfähigkeit ist eine Dauer-, aber  
1095 keine Routineaufgabe. Deshalb haben wir auch in der kommenden Legislaturperiode viel vor: Wir  
1096 setzen uns für die Einführung einer verfassungskonformen Sperrklausel bei den Wahlen zu den  
1097 kommunalen Räten ein, um deren Handlungsfähigkeit zu stärken. Wir werden das  
1098 Kommunalwahlrecht vor den Erfahrungen vergangener Kommunalwahlen auf Regelungen  
1099 überprüfen, die erneuert oder gestrichen werden sollten. Wir halten daran fest, das Wahlalter bei  
1100 Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken. Genauso befürworten wir das aktive und  
1101 passive Wahlrecht von Nicht-EU-Staatsangehörigen bei Kommunalwahlen.

1102 Das reformierte Landesfinanzausgleichsgesetz werden wir im Jahr 2017 evaluieren. Sich daraus  
1103 ergebende Konsequenzen für die Finanzausstattung der Kommunen werden wir unter Achtung der  
1104 Schuldenregeln für den Landeshaushalt umsetzen. Förderbereichsübergreifende, überörtliche  
1105 Kommunalentwicklungskonzepte sehen wir als Chance. Daher werden wir prüfen, entsprechende  
1106 Förderbudgets im Rahmen der Förderprogramme einzuführen.

1107

#### 1108 **34. Polizei für Bürger - Bürgerpolizei**

1109 Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Dafür sorgt vor allem die rheinland-pfälzische Polizei.  
1110 Statistiken belegen dies. Damit es auch in Zukunft so bleibt, hat die SPD-geführte Landesregierung  
1111 die Einstellungszahlen erhöht. Sie sind mit 475 im Jahr 2015 und 500 im Jahr 2016 auf dem höchsten  
1112 Stand, den Rheinland-Pfalz jemals hatte. Wir gewährleisten damit auch in Zukunft eine ausreichend  
1113 hohe Zahl an gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten.

1114 Immer neue Sicherheitsanforderungen sind zu bewältigen, wie zum Beispiel Gewalt in  
1115 Fußballstadien, Gefahr von Terroranschlägen, Wohnungseinbrüche oder der Schutz von  
1116 Flüchtlingseinrichtungen vor rechter Gewalt. Mit Sorge sehen wir, dass die Gewalt gegen  
1117 Polizistinnen und Polizisten zunimmt. Deshalb wurden Schutzausstattung, Bewaffnung und  
1118 Einsatztrainings optimiert. In einem Pilotversuch werden sogenannte Bodycams eingesetzt, um der  
1119 steigenden Gewalt gegen Einsatzkräfte der Polizei entgegenzuwirken.

1120 Wichtig ist auch ein speziell auf die Polizei zugeschnittenes, ganzheitliches Gesundheitsmanagement,  
1121 das wir durch einen eigenen Betriebsärztlichen Dienst für die Polizei und durch ein optimiertes  
1122 Fallmanagement bei der Schadensregulierung weiterentwickeln. Wir werden auch die Einführung  
1123 eines Instituts für Polizeigesundheit und einer spartenübergreifenden Heilfürsorge prüfen.

1124

1125 **35. Feuerwehr und Rettungskräfte - Retter in der Not**

1126 Respekt, Dank und Anerkennung zollen wir den freiwilligen Feuerwehr- und Rettungskräften. Sie  
1127 haben in den vergangenen Monaten bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme Hervorragendes  
1128 geleistet. Und sie setzen sich bei Einsätzen oft großen Gefahren aus. Diese hohe Leistung und  
1129 Einsatzfreude werden wir weiterhin durch finanzielle Förderung der Feuerwehren und des  
1130 Katastrophenschutzes auf gleichem Niveau unterstützen. Denn modernes technisches Material ist oft  
1131 entscheidend für Retter und Menschen in Notsituationen. Grundlage ist die Zweckbindung der  
1132 Feuerschutzsteuer.

1133 Wir sind uns bewusst, dass durch den demografischen Wandel die Tagesalarmbereitschaft oft nur  
1134 schwer gewährleistet werden kann. Hier muss auch auf neue, innovative Konzepte gesetzt werden,  
1135 insbesondere kommt es aber auf die Jugendförderung an. Die Jugendarbeit wird von uns weiter  
1136 unterstützt. Bambinifeuerwehren, Jugendfeuerwehren und Jugendrotkreuz sowie die  
1137 feuerwehrtechnische Grundausbildung als Wahlfach in Schulen werden ebenfalls immer wichtiger.

1138

1139 **36. Prävention - Kampf gegen Extremismus**

1140 Die SPD wendet sich gegen jede Art von Extremismus. Wir verurteilen Rassismus, Gewalt, Hass,  
1141 Intoleranz und Ausgrenzung. Wir müssen unsere Kinder und Jugendlichen dagegen stark machen.  
1142 Dazu gehören Angebote in Schulen und in der Jugendarbeit. Die zunehmende Zahl von Übergriffen  
1143 auf Flüchtlingsunterkünfte alarmiert uns. Wir dürfen den geistigen Brandstiftern nicht erlauben, den  
1144 Boden für antidemokratische Parolen und Gewalttaten zu bereiten. Hetze und Diskriminierung muss  
1145 mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. Dazu zählt für uns auch das NPD Verbot.

1146 Mit den vom Land unterstützten Programmen, wie beispielsweise dem Beratungsnetzwerk gegen  
1147 Rechtsextremismus, Rückwege, (R)Auswege, der Elterninitiative gegen Rechts, der  
1148 Präventionsagentur und den vielen zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Organisationen, verfügt  
1149 Rheinland-Pfalz über ein gutes Netz. Wir wollen diese Arbeit weiter fördern, entwickeln und  
1150 ausbauen.

1151 Prävention kann Straftaten, Unfälle und gesundheitliche Schäden verhindern und trägt so zum guten  
1152 Zusammenleben bei. Für die SPD ist dies eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe. Wir  
1153 schätzen die Arbeit der Kriminalpräventiven Räte und der Seniorensicherheitsberater in den  
1154 Kommunen und deren ehrenamtliches Engagement. Ihre Arbeit wurde evaluiert und wird weiter  
1155 gefördert. Verkehrserziehung und -schulung ist für Jung und Alt wichtig und wird auf hohem Niveau  
1156 fortgesetzt. Sucht- und Gesundheitsberatung wird verstetigt. Gewalt in engen sozialen Beziehungen

1157 und gegen Fremde tritt leider immer wieder auf. Wir wollen weiter die Zivilcourage stärken („Wer  
1158 wegschaut, macht mit“) und für die Opfer Beratung und Hilfe anbieten.

1159

### 1160 **37. Recht und Justiz garantieren unsere Freiheit**

1161 Die SPD in Rheinland-Pfalz steht für eine Rechts- und Innenpolitik, deren strikter Maßstab die Grund-  
1162 und Bürgerrechte sind. Wir setzen uns für eine starke Justiz ein. Eine schnelle und effektive  
1163 Rechtsdurchsetzung ist nicht nur für die Wirtschaft wichtig und damit ein Standortvorteil für unser  
1164 Land. Vielmehr sind alle Bürgerinnen und Bürger darauf angewiesen.

1165 Auch die Justiz muss sich den Herausforderungen des demografischen Wandels, dem Einsatz neuer  
1166 Medien und neuen Formen der Kriminalität und des sozialen Verhaltens stellen. Alternative Formen  
1167 der Streitbeilegung oder Online-Schlichtungen werden wir weiter fördern. Wie bei Rechtsanwälten  
1168 ist eine weitere fachliche Spezialisierung in Justiz und Staatsanwaltschaften unabdingbar. Die  
1169 Justizstrukturen müssen dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, den sich veränderten Erfordernissen  
1170 angepasst werden. Dies wird in transparenten Verfahren und unter Beteiligung aller Betroffenen  
1171 erfolgen.

1172 Wir werden die „soziale Justiz“ weiter ausbauen und den Zugang zum Recht garantieren. Dazu gehört  
1173 für uns, Hemmschwellen abzubauen, Rechtsdurchsetzung und Rechtshilfe für Einkommensschwache  
1174 zu fördern und Beratungsangebote, wie die Anwaltlichen Beratungsstellen, deutlich zu stärken. Zur  
1175 wirksamen Bekämpfung von Jugendkriminalität muss es neben den erfolgreich arbeitenden Häusern  
1176 des Jugendrechts auch in ländlichen Gebieten eine effektive und möglichst institutionalisierte  
1177 Kooperation zwischen Justiz, Polizei und Jugendhilfe geben. Die SPD wird hierfür die  
1178 Voraussetzungen schaffen. Zeugen- und Opferschutz muss konsequent erfolgen. Dabei werden wir  
1179 Hilfsangebote für durch Straftaten geschädigte Bürger stärken, ohne die Rechte von Beschuldigten  
1180 einzuschränken.

1181 Die Resozialisierung von Straftätern ist der beste Opferschutz. Deshalb setzen wir im Justizvollzug auf  
1182 die gesellschaftliche Wiedereingliederung. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf jugendliche und  
1183 heranwachsende Straftäter, deren Übergang von der oft jahrelangen Haft hin zum Leben in Freiheit  
1184 so problemlos wie möglich verlaufen sollte. Das sogenannte Übergangsmanagement werden wir  
1185 deshalb weiter ausbauen und verfeinern, sodass ein Leben ohne Straftaten nicht schon an  
1186 mangelnder Organisation der ersten Tage und Wochen in Freiheit scheitert.

1187 Die SPD in Rheinland-Pfalz wendet sich weiterhin entschieden gegen alle Privatisierungstendenzen in  
1188 der Justiz. Alle Bestrebungen im Strafvollzug und Gerichtsvollzieherwesen lehnen wir ab.

1189 **38. Verbraucherschutz steht für soziale Gerechtigkeit**

1190 Wir setzen auf einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen, bei  
1191 dem der Einzelne unabhängig vom Bildungsstand, der Herkunft und dem finanziellen Hintergrund vor  
1192 Risiken des Marktes geschützt wird und die eigenen Rechte wahrnehmen kann. Die  
1193 Beratungsleistungen der Verbraucherzentrale (VZ) haben sich in Rheinland-Pfalz bewährt. Die  
1194 finanzielle Förderung werden wir weiterhin gewährleisten. Im Rahmen der bewährten  
1195 „Verbraucherdialoge“ werden wir konkrete Empfehlungen zu den Zukunftsfragen des  
1196 Verbraucherschutzes erarbeiten.

1197 Höchste Priorität hat die Sicherheit unserer Lebensmittel. Wir werden das hohe Niveau unserer  
1198 Lebensmittelüberwachung und die Leistungsfähigkeit des Landesuntersuchungsamtes weiter  
1199 stärken. Wir haben eine interdisziplinäre Kontrolleinheit (IKER) als Task Force eingerichtet, die  
1200 kritische Lebensmittelbetriebe und Warenströme im Auge behält und bei Bedarf landesweit  
1201 einschreitet. Wir werden die Aufgaben der Task-Force evaluieren und gegebenenfalls erweitern und  
1202 verbessern.

1203 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung hat für die SPD einen hohen Stellenwert. Gerade  
1204 auch im privaten Bereich muss der Bürger einen effektiven Schutz seiner Daten erhalten. Dies gilt  
1205 insbesondere auch bei zunehmender Digitalisierung aller Lebensbereiche. Besonders schutzbedürftig  
1206 sind hier Kinder, Jugendliche und die Daten der Verbraucher.

1207 Verbraucherbildung ist wichtig, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Sie müssen die Gefahren  
1208 der neuen Medien kennen, das Wissen um gesundes Essen erlernen und auch Kenntnisse über den  
1209 Umgang mit zielgerichteter Werbung der Wirtschaft erwerben. Aber auch gerade Senioren suchen  
1210 Beratung, was den Umgang mit digitalen Angeboten anbelangt. Eine von uns geführte  
1211 Landesregierung wird die finanziell unterstützten Veranstaltungen der Verbraucherzentralen  
1212 fortführen und stetig neue Angebote entwickeln. Der digitale Marktwächter unterstützt das Angebot.

1213 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen beim Thema des transatlantischen  
1214 Freihandelsabkommens (TTIP) ernst. Viele befürchten, dass durch TTIP europäische und deutsche  
1215 Standards bei Verbraucher, Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie bei Lebensmitteln unterlaufen  
1216 werden könnten. Die SPD setzt sich im Bund und in Europa dafür ein, dass wichtige, in Jahrzehnten  
1217 errungene Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards durch multinationale Konzerne und  
1218 Investoren ebenso wenig ausgehebelt werden können wie rechtsstaatliche Standards und  
1219 demokratische politische Regelungen.

1220

1221 **39. Gleichberechtigung von Frauen und Männern konsequent vorantreiben**

1222 Rheinland-Pfalz ist ein Land der gleichen Lebenschancen für Frauen und Männer. Dennoch werden  
1223 Frauen in einigen Bereichen unserer Bürgergesellschaft nach wie vor benachteiligt. Für ein  
1224 wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Rheinland-Pfalz wollen wir die tatsächliche Gleichstellung  
1225 der Geschlechter als durchgängiges Prinzip sehen.

1226 Nach wie vor verdienen Frauen fast ein Viertel weniger im Durchschnitt als Männer. Die  
1227 Überwindung ungleicher Einkommensverhältnisse muss gelingen. Ein erster Schritt in Richtung  
1228 Gleichberechtigung im Erwerbsleben ist durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns  
1229 gelungen. Da der Anteil von Frauen im Niedriglohnsektor und in Minijobs überproportional hoch ist,  
1230 profitieren insbesondere die Frauen von der gesetzlich festgeschriebenen Lohnuntergrenze. Ziel  
1231 muss eine bessere Entlohnung in den typischen „Frauenberufen“ sein, die nicht weniger anstrengend  
1232 und oft auch nicht weniger qualifiziert sind, aber denen die materielle Anerkennung fehlt. Wir  
1233 unterstützen die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion, ein Entgeltgleichheitsgesetz auf den Weg zu  
1234 bringen, um der Entgeltdiskriminierung einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben.

1235 Wir wollen klassische Rollenbilder weiter aufbrechen und Frauen auch in Führungsrollen gleiche  
1236 Chancen geben. Die Einführung der Frauenquote auf Bundesebene war ein wichtiger Schritt in die  
1237 richtige Richtung. Wir haben bereits durch unsere Politik dafür gesorgt, dass der Frauenanteil in  
1238 Aufsichtsräten und Kontrollgremien im Verantwortungsbereich der Landesregierung erhöht wurde.  
1239 In Zukunft werden wir uns nachdrücklich für einen gesetzlich festgelegten Frauenanteil in  
1240 Aufsichtsräten und Kontrollgremien einsetzen. Wir brauchen zudem mehr weibliche Professuren und  
1241 einen größeren Anteil von weiblichen Führungskräften an Hochschulen.

1242 Der Öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber generell eine Vorreiterrolle in Sachen Gleichstellung  
1243 einnehmen. Die Stärkung der Rolle der Gleichstellungsbeauftragten ist uns durch die Schaffung von  
1244 Sanktionsmöglichkeiten und die Einführung von Kontrollmechanismen gelungen. Das hilft, um in  
1245 Zukunft eine zeitgemäße und qualitative Frauenförderung im öffentlichen Dienst sicher zu stellen.

1246 Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, müssen bei uns in Rheinland-Pfalz auf ein  
1247 flächendeckendes und professionelles Netz an Unterstützungseinrichtungen zugreifen können. Wir  
1248 machen uns dafür stark, dass Frauen und Kinder, die von psychischer, physischer, sexualisierter und  
1249 sozioökonomischer Gewalt oder von Stalking betroffen sind, eine gewaltfreie Zukunftsperspektive  
1250 eröffnet bekommen, in der sie vom Gewalttäter unabhängig ein selbstbestimmtes Leben führen  
1251 können. Erfolgreiche Programme wie das „Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in  
1252 engen sozialen Beziehungen“ (RIGG) wollen wir fortführen, um diese Ziele sicherzustellen. Unser Ziel  
1253 ist eine abgestimmte Interventionskette in der akuten Versorgung sowie ein niedrigschwelliges

1254 Beratungsangebot, in dem alle Angebote kostenfrei und kultursensibel sind. Bestehende Lücken  
1255 zwischen Akutversorgung und therapeutischen Angeboten sollen geschlossen werden.

1256 Wir setzen uns für eine verstärkte Beteiligung von Frauen auf kommunaler Ebene ein, denn gerade  
1257 im kommunalen Bereich sind die Erfahrungen und Kompetenzen aller von Bedeutung. Deshalb sehen  
1258 wir es als unsere Aufgabe an, den Frauenanteil besonders in den kommunalen Räten langfristig zu  
1259 erhöhen.

1260

#### 1261 **40. Rheinland-Pfalz steht für das Prinzip Inklusion**

1262 Für uns ist selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderungen, wie alle anderen auch, an der  
1263 Gesellschaft und am Arbeitsmarkt teilhaben können. Deswegen haben wir als erstes Bundesland die  
1264 UN-Behindertenrechtskonvention mit einem Landesaktionsplan umgesetzt, den es fortzuentwickeln  
1265 gilt. Inklusion ist für uns ein Menschenrecht, das überall in unserer Gesellschaft mitgedacht und  
1266 gelebt werden muss. Wir setzen uns deswegen weiter auf Bundesebene für ein modernes, an  
1267 Inklusion und Selbstbestimmung ausgerichtetes Bundesteilhabegesetz ein, das die  
1268 Eingliederungshilfe ablöst.

1269 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen immer Teil des gesellschaftlichen Lebens sind.  
1270 Deshalb setzen wir uns für eine barrierefreie Ausgestaltung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche  
1271 ein. Wir setzen uns für ein inklusives Leben von Anfang an ein: Schrittweise werden wir die  
1272 Kindertagesstätten und Schulen weiterentwickeln, damit Kinder mit Behinderung dort spielen und  
1273 lernen können sowie gefördert werden. Die Angebote der Förderkindergärten wollen wir gemeinsam  
1274 mit ihren Trägern zu integrativen Kindertagesstätten verbessern.

1275 Gemeinsam mit den Trägern der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und der  
1276 Behindertenselbsthilfe werden wir Modelle wie das „Budget für Arbeit“ weiterentwickeln, um den  
1277 Übergang aus der beschützten Beschäftigung der WfbM zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu  
1278 erleichtern.

1279 In den kommenden Jahren wird die Zahl der Menschen mit Behinderung, die in den Ruhestand  
1280 gehen, steigen. Sie brauchen gute Angebote, um ihren Tag strukturieren und gestalten zu können.  
1281 Wir möchten deswegen Modelle entwickeln, in denen Leistungen für ältere Menschen auch von  
1282 älteren Menschen mit Behinderung genutzt werden können.

1283

1284 **41. Vielfalt ist ein Gewinn für alle**

1285 Allen Bürgerinnen und Bürgern von Rheinland-Pfalz steht das Recht zu, frei und selbstbestimmt  
1286 zu leben. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Recht unabhängig von Geschlecht, Alter,  
1287 sexueller Identität, Herkunft, Beeinträchtigung, religiöser und weltanschaulicher  
1288 Überzeugung diskriminierungsfrei gelebt werden kann.

1289 Die SPD Rheinland-Pfalz wird dazu die „Strategie Vielfalt“, die die rot-grüne Landesregierung am  
1290 16. Mai 2015 beschlossen hat, konsequent weiterverfolgen und Organisationen der Zivilgesellschaft  
1291 wie das „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ als Bündnispartner stärken. Wir setzen  
1292 uns zudem für den Ausbau der Landesantidiskriminierungsstelle als Anlaufstelle im Land ein.

1293 Vielfalt ist ein Gewinn für alle. Deshalb wollen wir das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) im  
1294 Land bekannter machen unter anderem durch Schulung der Mitarbeitenden aller kommunalen und  
1295 Landeseinrichtungen. Wir wollen die ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeit in diesem Themenfeld  
1296 weiter fördern und ausbauen. Die Landesregierung wird dazu Ansprechpartner benennen und die  
1297 Ablehnung von Diskriminierung in ihrer Außendarstellung deutlich machen. Lesben, Schwule,  
1298 Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intersexuelle Menschen (LSBTTI) sind gleichfalls Teil  
1299 unserer vielfältigen Gesellschaft. Für sie gilt das Recht auf uneingeschränkte Teilhabe bisher nicht in  
1300 vollem Umfang. Auf der Grundlage der Zielvereinbarung zwischen der Landesregierung und  
1301 QueerNet RLP e.V. werden wir daher den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“  
1302 fortschreiben. Wir unterstützen die Arbeit des Bildungsprojektes SchLAu (schwul, lesbisch, bi, trans\*  
1303 Aufklärung) an rheinland-pfälzischen Schulen und wollen dieses Angebot ausbauen. Zudem ist klar,  
1304 dass wir uns auf Bundesebene für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Schwulen und  
1305 Lesben einsetzen, vor allem für die Öffnung der Ehe.

1306 Wir wollen die Aufarbeitung der Geschichte der Schwulen und Lesben fortführen und streben auf  
1307 Bundesebene die Aufhebung der Urteile nach § 175 zwischen 1949 und 1969 und eine angemessene  
1308 Wiedergutmachung an. Wir setzen uns dafür ein, dass verfolgte Schwule, Lesben und Trans\* Zuflucht  
1309 in unserem Land erhalten.

1310

1311 **42. Landwirtschaft und Weinbau für starke Ländliche Räume**

1312 Landwirtschaft und Weinbau prägen in vielen Teilen das Gesicht von Rheinland-Pfalz, zum Beispiel  
1313 durch die Steillagen an Rhein und Mosel. Ohne sie würde es die einzigartigen Kulturlandschaften und  
1314 Naturräume, die unser Land so lebens- und liebenswert machen, nicht geben. Unser Naturschutz lebt  
1315 vom kooperativen Vertragsnaturschutz mit der Landwirtschaft und dem Weinbau. Wir sind das

1316 Weinbauland Nummer Eins. Der von uns 2009 initiierte duale Bachelor-Studiengang „Weinbau und  
1317 Önologie“ ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte.

1318 Landwirtschaft und Weinbau haben gute Zukunftsperspektiven und meistern den Strukturwandel.  
1319 Die SPD steht dabei unterstützend an der Seite der Landwirtschaft und des Weinbaus. Unser  
1320 zukunftsfähiger Weinbau und unsere zukunftsfähige Landwirtschaft stellen sich dem Wettbewerb.  
1321 Damit das auf einer wirtschaftlichen Basis geschehen kann, bedarf es auch in Zukunft einer  
1322 zielgerichteten Investitionsförderung. Eine große zusätzliche Chance bildet die wachsende Nachfrage  
1323 an ökologischen Produkten und Lebensmitteln.

1324 Wir sichern - auch durch Einsetzen der Ressourcen der europäischen Agrarförderung - eine  
1325 einträgliche, umweltbewusste und ressourcenschonende Landwirtschaft. Die SPD steht dabei für  
1326 eine Gleichrangigkeit von konventioneller und ökologischer Produktionsweise und deren  
1327 Unterstützung in Beratung und Förderung. Wein aus Rheinland-Pfalz ist ein Markenzeichen und steht  
1328 für hervorragende Qualität. Dies gelingt ebenfalls im guten Miteinander von konventionellem und  
1329 ökologischem Weinbau.

1330 Wir setzen auf eine gut aufgestellte Agrarverwaltung. Der Einstellungskorridor bei den  
1331 Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) muss sicherstellen, dass auch in Zukunft eine  
1332 flächendeckende produktionstechnische Beratung der Betriebe erfolgen kann. Dies gilt insbesondere  
1333 für die Pflanzenschutz- und Düngeberatung. Die Einführung eines Steillagenzentrums beim DLR  
1334 Mosel hat sich bewährt. Wo im Land eigene Forschung betrieben wird, werden wir finanzielle  
1335 Unterstützungen prüfen.

1336 Die ausgezeichneten Qualitätsstandards im rheinland-pfälzischen Weinbau wollen wir auf hohem  
1337 Niveau halten. Deshalb arbeiten wir, gemeinsam mit der Weinwirtschaft und den  
1338 Weinbauverbänden, für eine zukunftsfähige Umsetzung der EU-Weinmarktreform. Wir setzen uns für  
1339 eine Anpassung der europäischen Weinbauzonen an die klimatischen Veränderungen ein. Dabei geht  
1340 es unter anderem um die Vereinfachung von Regelungen in Bezug auf Mostgewicht, Anreicherung  
1341 und Säuern bzw. Entsäuern. Wir unterstützen eine gezielte Zusammenarbeit zwischen Praxis und  
1342 Forschung, um neu aufgetretene Schaderreger und Pflanzenkrankheiten erfolgreich zu bekämpfen.

1343

### 1344 **43. Nachhaltigkeit in Natur- und Tierschutz**

1345 Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Im Interesse künftiger Generationen sind  
1346 wir aufgefordert, Klima und Ressourcen zu schonen. Wir setzen im Naturschutz auf einen Ausgleich  
1347 zwischen den Interessen und auf konstruktive Zusammenarbeit. Dabei sollen die Belange des  
1348 Naturschutzes auf der gesamten Fläche berücksichtigt werden.

1349 Dies muss unter Beteiligung und Einbindung der Nutzer geschehen. Der Vertragsnaturschutz ist  
1350 hierzu ein wertvolles Instrument. In Zukunft soll dieses Instrument auch verstärkt im Wald  
1351 angewendet werden. Wir wollen die bestehenden Schutzgebiete in ihrer ökologischen Funktion  
1352 erhalten und wo möglich verbessern. Unsere Bäche und Flüsse sind bundesweit spitze, was den  
1353 ökologischen Zustand angeht. Das erhalten wir.

1354 Mit dem Nationalpark im Hunsrück leistet unser Land einen Beitrag zur Umsetzung der nationalen  
1355 Strategie zur biologischen Vielfalt. Die Potentiale des Nationalparks Hunsrück-Hochwald für die  
1356 Regionalentwicklung und für einen naturnahen Tourismus sollen genutzt werden. Der Nationalpark  
1357 wurde zusammen mit der Region entwickelt und diese Beteiligungskultur gilt es zu erhalten.

1358 Der Pfälzerwald ist das größte zusammenhängende Waldgebiet in Deutschland und hat für  
1359 verschiedene Tier- und Pflanzenarten eine große Bedeutung. Wir werden die notwendigen  
1360 Schritte gehen , um den Status des Biosphärenreservates Pfälzerwald zu sichern und den  
1361 Pfälzerwald zur Modellregion für nachhaltige Entwicklung zu machen.

1362 Unser neues Landesnaturschutzgesetz greift die Herausforderungen der Umweltpolitik auf. So  
1363 werden durch die Beteiligungsrechte der ehrenamtliche Naturschutz erweitert, Naturschutzgebiete  
1364 vor gentechnischer Kontamination geschützt und ökologisch wertvolles Grünland erhalten. Wir  
1365 werden die Leistungsfähigkeit der Naturschutzverwaltung erhalten und das hierfür notwendige  
1366 Personal dauerhaft zur Verfügung stellen.

1367 Wir haben mit dem Landeswassergesetz wichtige Grundlagen zum Schutz unseres Trinkwassers  
1368 geschaffen. Die Einnahmen aus dem Wassercent helfen, diese Ziele zu erreichen und die Kommunen  
1369 gerade im ländlichen Raum finanziell zu unterstützen. Wasserversorgung und Abwasserbehandlung  
1370 sind wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge. Wir lehnen erzwungene Privatisierungen ab. Wir  
1371 setzen die Aktion Blau Plus fort und fördern weiterhin die Wiederherstellung von naturnahen  
1372 Gewässerzuständen. Das bestehende Hochwasserschutzkonzept werden wir gemeinsam mit den  
1373 Kommunen und Gewässeranliegern unter anderem durch Rückhalte - und Schutzmaßnahmen sowie  
1374 verbesserte Eigenvorsorge weiterentwickeln.

1375 Der hohe Waldanteil in Rheinland-Pfalz verpflichtet uns zu einer besonders sorgsamen und  
1376 nachhaltiger Nutzung. Wir halten am Gemeinschaftsforstamt fest. Die Forstleute unseres Landes  
1377 leisten eine erfolgreiche Arbeit. Unser Ziel bleiben stabile und artenreiche Mischwälder, die alle  
1378 Waldfunktionen erfüllen. Der Landesbetrieb Landesforsten soll wirtschaftlich erfolgreich und  
1379 leistungsfähig sein. Deshalb werden wir an der Dienstvereinbarung und dem damit verbundenen  
1380 Einstellungskorridor festhalten.

1381 Für uns hat die stoffliche Verwertung von Holz Vorrang vor der energetischen Nutzung. In der  
1382 Zukunft möchten wir verstärkt innovative Verwendungen von Laubhölzern unterstützen. Wir streben  
1383 einen höheren Anteil von modernen Öfen an, um Brennholz effizienter zu nutzen und Emissionen zu  
1384 reduzieren.

1385 Die erfolgreiche Zertifizierung des Staatswaldes bestätigt, dass der Staatsforst in Rheinland-Pfalz  
1386 nach hohen Standards bewirtschaftet wird. Wir wollen einen Anteil der Prozessschutzflächen im  
1387 Staatswald von zehn Prozent erreichen. Einen höheren Anteil streben wir nicht an.

1388 In der Tierhaltung müssen artgerechte Haltungssysteme weiter vorangebracht werden. Wir stehen  
1389 seit langem für einen verbesserten Tierschutz ein. Wir möchten die Haltungs- und  
1390 Transportbedingungen von Nutztieren weiter verbessern und die Entwicklung von Alternativen zu  
1391 Tierversuchen unterstützen. Wir freuen uns über den Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helferinnen  
1392 und Helfer, etwa in Tierschutzvereinen und Tierheimen. Wir unterstützen dieses Engagement.

1393

#### 1394 **44. Sportliches Rheinland-Pfalz**

1395 In Rheinland-Pfalz wird Sport gelebt. In Rheinland-Pfalz sind aktuell mehr als 1,4 Millionen Menschen  
1396 und damit 37 Prozent der Bevölkerung in fast 6.300 Vereinen aktiv. Wir wissen um die große soziale  
1397 Bedeutung des rheinland-pfälzischen Sportes für die gesamte Gesellschaft. Die etwa 450.000  
1398 Ehrenamtlichen im Sport leisten dabei eine unschätzbare Arbeit, die weit über die Ausübung einer  
1399 Sportart hinausgeht. Es geht auch um Gemeinschaft im Verein, Gesundheitsprävention, Integration  
1400 und Inklusion. Wir werden auch in Zukunft für eine angemessene Finanzausstattung des Sports  
1401 sorgen. Trotz der Schuldenbremse werden die Haushaltsansätze für den Sport nicht gekürzt.

1402 Zur Ausübung des Sports brauchen die Vereine eine moderne Infrastruktur. Wir werden für einen  
1403 bedarfsorientierten Ausbau der Sportstätten eintreten. Dabei sollen auch innovative Konzepte zur  
1404 multifunktionellen Nutzung von Bestandsgebäuden oder Leerständen in den Kommunen erprobt  
1405 werden. Für den Sport in der Gesellschaft wird so entsprechender Raum geschaffen.

1406

#### 1407 **45. Kulturland Rheinland-Pfalz**

1408 Kultur trägt viel zur gemeinschaftlichen Identität unseres Landes bei. Ihr Schutz ist uns eine  
1409 Verpflichtung. Daher haben wir massiv in Sanierungen und Barrierefreiheit von Burgen und  
1410 Schlössern investiert. Was Qualität und Umfang sowie die Erreichbarkeit von kulturellen Angeboten  
1411 anbelangt, können wir heute sagen: So viele kulturelle Angebote wie heute gab es nie zuvor.

1412 Dies gilt nicht nur dank unserer kulturellen Leuchttürme wie dem Kultursommer Rheinland-Pfalz, den  
1413 Nibelungen-Festspielen, dem Festival des Deutschen Films, dem Hambacher Schloss, dem Arp-  
1414 Museum oder den Theatern in unserem Land. Auch Laientheater, Chöre, Musikvereine oder  
1415 Programmkinos leisten einen wichtigen Beitrag zur Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz.

1416 Unser Grundsatz der Kulturpolitik ist, dass Kunst und Kultur nicht das Privileg einiger weniger sein  
1417 dürfen. Sie müssen vielmehr allen zugänglich sein. Das Ziel „Kultur für alle“ ist noch lange nicht  
1418 erreicht. Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine öffentliche Aufgabe.

1419 Kulturpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik und zugleich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.  
1420 Die Beiträge von Kulturschaffenden, öffentlichen Einrichtungen, bürgerschaftlichem Engagement und  
1421 privater Wirtschaft, von Sponsoren und Mäzenen für Kunst und Kultur sind unverzichtbar. Deshalb  
1422 wollen wir ein Netzwerk Kultur auf den Weg bringen.

1423 Kulturelle Bildung steht weiter im Zentrum unserer Kulturpolitik. Mit dem Programm „Jedem Kind  
1424 seine Kunst“, der Förderung von Jugendkunstschulen und Jugendkunstschulprojekten, der Förderung  
1425 von Aufführungen professioneller freier Theater in nicht-kommerziellen Institutionen und anderen  
1426 Maßnahmen haben wir in den zurückliegenden Jahren bemerkenswertes auf den Weg gebracht. Wir  
1427 werden auf diesem Weg konsequent weitergehen.

1428 Unsere Kulturpolitik hat in den vergangenen Jahren mehr Geld in die freie Kulturszene gelenkt. Daran  
1429 wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode festhalten. In Modellprojekten werden wir  
1430 erproben, wie sichergestellt werden kann, dass freie Kultureinrichtungen und -gruppen bei dem  
1431 vielerorts anstehenden schwierigen Wechsel zur nächsten Generation ihre Arbeit fortsetzen können.  
1432 Wir werden für eine sukzessive Verbesserung der oft prekären Arbeitsbedingungen der Akteurinnen  
1433 und Akteure der freien Szene eintreten.

1434 Kultur in Rheinland-Pfalz muss noch mehr auf die junge Generation zugehen. Der Kulturbegriff der  
1435 jungen Generation ist lebendig. Er unterscheidet sich teilweise ganz erheblich von dem ihrer Eltern.  
1436 Neue Disziplinen und Spielformen entstehen, man interessiert sich für neue Grenzbereiche und  
1437 Nischen des Kulturraums. Wir wollen daher einen „Entwicklungsfonds für junge Kultur“ als  
1438 Förderinstrument ins Leben rufen.

1439 Die Verpflichtung bleibt! Das jüdische Erbe in unserem Land liegt uns besonders am Herzen. Wir  
1440 wollen, dass die SchUM-Städte Worms, Speyer und Mainz Weltkulturerbestätten werden.

1441

1442 **46. Offene und transparente Verwaltung**

1443 Die öffentliche Verwaltung ist Dienstleister und Arbeitgeber zugleich. Die SPD geführte  
1444 Landesregierung setzt auf eine schlanke, effiziente und moderne Verwaltung mit guter  
1445 Führungskultur und Personalentwicklung. Die Verwaltung muss sich der Herausforderung des  
1446 demografischen Wandels und der Digitalisierung stellen. Zu Recht erwarten Bürger oder  
1447 Unternehmen, den Service der Verwaltung sicher, bequem und mobil abwickeln zu können. Mit dem  
1448 Rheinland-Pfalz-Portal haben wir die Tür zur digitalen Verwaltung aufgestoßen. Land und Kommunen  
1449 bieten hier rund um die Uhr online ihre Dienste an. Wer dieses Angebot nicht nutzen kann oder will,  
1450 dem steht die einheitliche Behördenrufnummer D115 zu Verfügung.

1451 Interne Verwaltungsabläufe werden wir durch die Einführung der elektronischen Akte in der  
1452 Landesverwaltung mittelfristig kostengünstiger und schneller gestalten. Kommunen begleiten wir auf  
1453 dem Weg in die Digitalisierung, zum Beispiel in der Modellkommune e-Government, der virtuelle  
1454 Kommune Mendig. Diesen erfolgreichen Weg, für den das Land bereits mehrfach ausgezeichnet  
1455 wurde, werden wir fortsetzen.

1456 Eine starke und lebendige Demokratie lebt von Teilhabe, Partizipation und Information. Deshalb hat  
1457 Malu Dreyer in ihrer Regierungserklärung ein Transparenzgesetz angekündigt und in den Landtag  
1458 eingebracht. Es ist das erste Gesetz, dass in einem breiten Beteiligungsprozess entstanden ist. Die  
1459 Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“, aber auch Bürgerinnen  
1460 und Bürger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung haben sich daran beteiligt. Eine offene  
1461 und transparente Verwaltung ist keine gläserne. Sie legt aber den interessierten Bürgerinnen und  
1462 Bürgern offen, wie sie regiert, welche Entscheidungen sie warum getroffen hat. Die Bürger müssen  
1463 nicht mehr wie bisher einen Antrag auf Information stellen. Künftig werden online auf einer  
1464 Transparenzplattform im Internet alle Daten einsehbar sein. Wir erweitern damit die Open Data  
1465 Plattform - was mit den englischen Begriffen von Good Governance und Compliance umschrieben  
1466 wird und nichts anderes als gutes Regieren meint. Damit will die SPD Vertrauen in die Politik stärken.

1467

1468 **47. Medienland Rheinland-Pfalz - kompetent in die Zukunft**

1469 Unser Land ist ein bedeutender Medienstandort und somit auch Beschäftigungsmarkt für viele  
1470 Medienschaffende und die Kreativwirtschaft. Als Vorsitzland der Rundfunkkommission der Länder  
1471 übernimmt Rheinland-Pfalz eine wichtige bundesweite Rolle dabei, wie die künftige Medienordnung  
1472 in einer digitalen Welt aussehen wird, in der das traditionelle Fernsehen immer mehr mit den  
1473 audiovisuellen Angeboten im Internet verschmilzt.

1474 Wir setzen uns für Vielfalt in der Medienwelt ein, sie ist Garant für Meinungsvielfalt, die in der  
1475 Demokratie so wichtig ist. Basis dafür muss ein ausgewogenes Verhältnis aus öffentlich-rechtlichem  
1476 und privaten Rundfunk, Printmedien und audiovisuellen Diensten sein. Wir setzen uns für den  
1477 Ausbau offener WLAN-Angebote an möglichst vielen Orten ein. Wir werden auf Bundesebene deshalb  
1478 für die Abschaffung der Störerhaftung eintreten, die diesem Ziel entgegensteht.

1479 Dabei sollen wirtschaftliche Chancen geöffnet werden, ohne dass marktbeherrschende Stellungen  
1480 die Vielfalt einschränken. Medien müssen geeignete Angebote auch für junge Menschen entwickeln.  
1481 Wo die Entwicklung junger Menschen beeinträchtigt zu werden droht, werden wir dem weiterhin  
1482 durch einen geeigneten Jugendmedienschutz entgegenzutreten. Dabei kommen Organisationen wie  
1483 Jugendschutz-net, den Medienkompetenz-Angeboten des Bildungsministeriums und der  
1484 Landesmedienanstalt eine besondere Bedeutung. Diese werden wir weiter unterstützen.

1485

#### 1486 **48. Wir halten die Schuldenbremse ein und konsolidieren den Haushalt**

1487 Wir nutzen das laufende Jahrzehnt, in dem die geburtenstarken Jahrgänge noch vollständig im  
1488 erwerbstätigen Alter sind, um unsere Finanzen demografiefest zu gestalten. So schaffen wir die  
1489 zusätzlichen Handlungsspielräume, damit unser Land sozial, ökologisch und wirtschaftlich  
1490 leistungsfähig bleibt. Rheinland-Pfalz konnte das strukturelle Defizit kontinuierlich reduzieren und ist  
1491 jeweils unter der Defizit-Obergrenze geblieben. Wir halten die Schuldenbremse ein und reduzieren  
1492 das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2020 auf Null. Auch in der kommenden Legislaturperiode ist es  
1493 deshalb nötig, weitere Sparanstrengungen zu ergreifen. Das heißt auch: Verwaltungen werden wir  
1494 nach weiteren Einsparpotentialen überprüfen und zugleich die Verbesserung der  
1495 Arbeitsbedingungen und der Arbeitsqualität in den Blick nehmen. Wir wollen die Modernisierung der  
1496 Steuerverwaltung fortsetzen und setzen dabei auf den verstärkten Einsatz moderner  
1497 Computersysteme. Zudem werden wir weiter das Personal gezielt in den Außendiensten  
1498 (Betriebsprüfung und Steuerfahndung) verstärken.

1499 Eine gerechte Steuererhebung ist für uns ein essentieller Bestandteil des gemeinsamen  
1500 Zusammenlebens. Ein funktionierender Staat ist auf Einnahmen angewiesen, die durch alle  
1501 Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer individuellen finanziellen Leistungsfähigkeit erbracht  
1502 werden. Nur eine gerechte Steuererhebung ist auch eine, die zur entsprechenden Akzeptanz bei den  
1503 Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern führt. Auf Bundesebene setzen wir uns für einen  
1504 internationalen Datenaustausch ein, damit Steuerhinterziehung wirksam bekämpft werden kann. Der  
1505 Ankauf sogenannte Steuer-CD's ist ein allerletztes Mittel, um Steuerhinterziehung wirksam zu  
1506 bekämpfen

1507 Eine Schwerpunktsetzung bleibt angesichts der Sparbemühungen unumgänglich. So stehen für uns  
1508 die Investitionen in die Bildung und Infrastruktur im Mittelpunkt. Die Beamtinnen und Beamten  
1509 haben einen großen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet. Deshalb gilt: Wir  
1510 passen die Gehälter der Beschäftigten im Landesdienst an die Entwicklung der Inflationsrate und die  
1511 Entwicklung der Löhne an.

1512 Bei den Neuverhandlungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geht es darum, alle Länder so  
1513 auszustatten, dass sie gleiche Lebensverhältnisse sichern und ihre Aufgaben wahrnehmen können  
1514 sowie die Lücke zwischen finanzstarken und finanzschwächeren Ländern nicht weiter  
1515 auseinanderdriften zu lassen.

1516

#### 1517 **49. Verantwortung für Europa und die Eine Welt**

1518 Die europäische Integration ist für die rheinland-pfälzische SPD nicht nur politischer Auftrag, sondern  
1519 auch gelebte Wirklichkeit. Rheinland-Pfalz ist und bleibt ein guter Nachbar; die grenzüberschreitende  
1520 Zusammenarbeit in all ihren Ausprägungen zum direkten Wohle der Menschen wird zentral bleiben.  
1521 Die SPD wird sich in der Europapolitik weiterhin für ein hohes Niveau bei Bürger- und Grundrechten  
1522 sowie beim Datenschutz, bei der Stärkung der sozialen Dimension sowie der Sicherung und Schaffung  
1523 zukunftssträchtiger Arbeitsplätze, beim Flüchtlingschutz sowie in der Asyl- und Migrationspolitik  
1524 einsetzen.

1525 Die SPD will einen starken Euro in einem europaweiten Regelsystem, in dem Finanzmärkte reguliert  
1526 sind, Steuerdumping bekämpft wird und eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für Steuern  
1527 existiert. Ein europäisches Aufbauprogramm mit klarem Vorrang von Investitionen in die  
1528 Realwirtschaft soll Staaten helfen, Jugendarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung wirksam zu  
1529 bekämpfen. Um die Chancen der digitalen Entwicklung zu nutzen, sind gezielte Harmonisierungen im  
1530 technischen Bereich und beim sozialen Schutz erforderlich.

1531 Im Dialog müssen alle Akteure um die optimale Verbindung von größtmöglicher Freiheit im Internet  
1532 und besten Sicherheits- und Sozialstandards ringen. Europapolitische Öffentlichkeits- und  
1533 Bildungsarbeit soll insbesondere jungen Menschen die erreichten positiven Errungenschaften  
1534 bewusstmachen. Die Europaschulen sollen dazu weiterhin unterstützt werden. Die SPD wird auch  
1535 zukünftig auf allen Ebenen - z.B. den Bundesrat oder den Ausschuss der Regionen - die rheinland-  
1536 pfälzischen Interessen einbringen. Die kommunalen, regionalen und internationalen Partnerschaften  
1537 des Landes sollen weitergeführt werden.

1538 Weltweit befinden sich so viele Menschen auf der Flucht vor Hunger, Krieg und Terrorismus wie seit  
1539 dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Auch wir in Rheinland-Pfalz müssen unseren Beitrag

1540 gegen Armut und Perspektivlosigkeit in vielen Teilen der Welt leisten. Eine Verbesserung der  
1541 Situation vor Ort muss aber bei den Ursachen ansetzen. Das Land Rheinland-Pfalz leistet seinen  
1542 Beitrag bereits seit Jahren mit der vorbildhaften Partnerschaft mit Ruanda. Wir werden diese  
1543 Partnerschaft weiter unterstützen und gemeinsam mit dem Ruanda-Verein fortentwickeln. Wir  
1544 wollen auch bei uns in Rheinland-Pfalz die Themen einer nachhaltigen Beschaffung und des fairen  
1545 Handels weiter voranbringen.

1546

## 1547 **50. Rheinland-Pfalz: Die Mitmach-Demokratie**

1548 2011 hat sich die rot-grüne Koalition aufgemacht, neue Impulse für eine lebendige Demokratie in  
1549 Rheinland-Pfalz zu entwickeln. Im Jahr 2013 hat Malu Dreyer in ihrer Regierungserklärung ihre klare  
1550 Leitlinie formuliert: Wir wollen die Stärkung der Bürgerdemokratie in unserem Land. Es geht darum  
1551 Ideen, Anregungen, Haltungen und Positionen der Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz  
1552 frühzeitig aufzugreifen und umzusetzen.

1553 Mehr Beteiligung und Transparenz auf allen Ebenen und damit mehr Mitwirkungschancen: das ist  
1554 unser Ansatz. Wir haben die Empfehlungen der Enquete-Kommission Bürgerbeteiligung umgesetzt  
1555 und das Transparenzgesetz verabschiedet. Damit sind unter anderem die formalen Hürden für  
1556 direktdemokratische Verfahren auf kommunaler Ebene abgesenkt, Unterschriftensammlungen  
1557 erleichtert und die Verpflichtung zu einem finanziellen Deckungsvorschlag gestrichen. Bei  
1558 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wird das Antragsquorum künftig einer prozentualen Staffelung  
1559 unterzogen, die mit zunehmender Gemeindegröße gleichmäßig absinkt. Das heißt, dass bei einer  
1560 Stadt von 200.001 Einwohnerinnen und Einwohnern statt 20.001 Unterschriften nur noch 10.001  
1561 Unterschriften nötig sind. Auch das Abstimmungsquorum wird künftig herabgesetzt: Statt einer  
1562 Zustimmung von 20 Prozent ist nur noch eine Zustimmung von 15 Prozent nötig. Demokratie lebt  
1563 vom Mitmachen - dies unterstützen wir.

1564 Beteiligen, Mitwirken und Mitentscheiden: Dieser Dreiklang wird uns aber auch in der neuen  
1565 Legislaturperiode begleiten. Wir wollen eine lebendige Mitmach-Demokratie, in der sich die  
1566 Menschen einmischen können, ihre Fachkompetenz einbringen, in der Staat und Zivilgesellschaft  
1567 vertrauensvoll zusammenarbeiten. Dafür senken wir die Quoren für Volksbegehren. Eine  
1568 unabhängige Anlauf- und Beratungsstelle soll allen Initiatoren direktdemokratischer Verfahren zur  
1569 Verfügung stehen. Frühzeitige Information und Transparenz über Vorhaben und Planungen und  
1570 konsultative Beteiligungsansätze (wie beispielsweise Planungszellen, Befragungen,  
1571 Stadtteilkonferenzen, Bürgerforen etc.) wollen wir zur Regel machen. Die Möglichkeit der  
1572 Mitgestaltung von Bürgerinnen und Bürgern, zum Beispiel in Seniorenbeiräten, Jugendparlamenten,  
1573 Migrations- oder Behindertenbeiräten, werden wir ausbauen und fördern.

1574 Vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sind eine grundlegende  
1575 Voraussetzung für das Erlernen der Demokratie. Diese Aufgabe liegt bei Kindertagesstätten und  
1576 Schulen, aber auch bei den außerschulischen Trägern der Jugendarbeit und der politischen Bildung.  
1577 Diese werden wir weiter unterstützen. In Kitas und Schulen werden wir die  
1578 Partizipationsmöglichkeiten ausweiten.

1579 Wir halten daran fest, das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken.  
1580 Wir befürworten das aktive und passive Wahlrecht für Nicht-EU-Staatsangehörige bei  
1581 Kommunalwahlen und bauen darauf, dass eine zeitnahe Änderung des Bundesrechts dies  
1582 ermöglichen wird.

1583 In Zeiten der Digitalisierung der Gesellschaft muss auch das Verständnis von Parlamentsöffentlichkeit  
1584 weiter entwickelt werden. Hierzu gehören nicht nur die bestehenden Livestream-Übertragungen  
1585 parlamentarischer Sitzungen. Der Landtag ist das Herz unserer Demokratie. Er ist der zentrale Ort -  
1586 nicht nur der Debatte, sondern auch der politischen Entscheidung. Die Debatte braucht aber neue,  
1587 zeitgemäße Strukturen. Deswegen wollen wir eine Experimentierklausel zur Erprobung neuer  
1588 Debattenformen einführen. Wir wollen im Landtag ein Beteiligungsportal einrichten, über das sich  
1589 Bürgerinnen und Bürger nicht nur kompakt informieren, sondern sich mit ihrer Meinung und ihrem  
1590 Sachverstand auch aktiv in die parlamentarische Gesetzgebungsarbeit einbringen können. Neue  
1591 Wege der Information und Partizipation wird das Bewusstsein für die parlamentarische Demokratie  
1592 insbesondere bei jungen Menschen befördern. Deswegen wollen wir einen Schwerpunkt im Bereich  
1593 der politischen Bildung setzen und besonders die Rolle des Landtags stärken.

1594

## 1595 **V. Worauf es ankommt**

1596 Rheinland-Pfalz ist heute schon ein starkes und mitfühlendes Land. Mit der SPD können sich die  
1597 Menschen darauf verlassen, dass sie hier auch in Zukunft gut und sicher leben und arbeiten können.  
1598 Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz weiterhin für Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Zukunftsoffenheit  
1599 steht. Allen Formen von Extremismus, Menschenfeindlichkeit und Terrorismus, die die Werte  
1600 unseres Zusammenlebens und unsere offene Gesellschaft in Frage stellen wollen, werden wir  
1601 entschlossen und mit allen Mitteln entgegentreten. Sie haben in Rheinland-Pfalz keinen Platz.

1602 Bundesweit wird deutlich, dass sich am rechten Rand der Gesellschaft menschen- und  
1603 freiheitsfeindliche Gruppierungen neu formieren, dass Rassismus und Gewalt noch lange nicht  
1604 besiegt sind. Populisten versuchen, Menschen mit autoritären oder antieuropäischen  
1605 Grundeinstellungen zu sammeln oder aus den Zukunftsängsten politischen Profit zu schlagen. Wir

1606 erleben auch, wie schnell manchmal aus persönlicher Enttäuschung Fremdenfeindlichkeit oder  
1607 generelle Abwendung von der sozialen Demokratie wird.

1608 Bei der Landtagswahl am 13. März geht es auch darum, dass wir rechten Vereinfachern und  
1609 Populisten aller Schattierungen keine Chance lassen. Es geht darum, dass wir durch eine hohe  
1610 Wahlbeteiligung dafür sorgen, dass die Mitte der Gesellschaft sich zu Wort meldet und den Kurs  
1611 bestimmt. Dass Rheinland-Pfalz ein offenes, zukunftsorientiertes Land bleibt. Dass unsere  
1612 Gesellschaft sich nicht spalten lässt, sondern die Probleme gemeinsam angeht.

1613 Von der Landesregierung muss in solchen Grundfragen unserer demokratischen Entwicklung Klarheit  
1614 ausgehen, nicht Unentschiedenheit oder gar das Signal von Verständnis für Ausgrenzung oder  
1615 antidemokratische Vorurteile. Das ist gerade deshalb so wichtig, weil in Europa vielerorts zuletzt so  
1616 viel Wankelmut und Egoismus sichtbar geworden sind und eine Rückwendung zum alten  
1617 Nationalstaatsverständnis des 20. Jahrhunderts uns alle zurückwerfen würde, auch wirtschaftlich.

1618 Hier geht es um grundlegende Weichenstellungen. Es geht um soziale Sensibilität, um pragmatisches  
1619 Anpacken und um kulturelle Offenheit. Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt,  
1620 wie das geht. Die SPD und Ministerpräsidentin Malu Dreyer stehen dafür, dass unser Land diesen  
1621 erfolgreichen Weg fortsetzt.

1622 Die SPD und Ministerpräsidentin Malu Dreyer stehen dafür, dass unser Land mit einer klaren Haltung  
1623 regiert wird, die den sozialen Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellt und dafür sorgt, dass alle am  
1624 Erfolg unseres Landes teilhaben. Diese Politik passt zu Rheinland-Pfalz. Sie stärkt unser Heimatland -  
1625 in seiner lebenswerten Vielfalt und in seiner sozialen Kompetenz. Mit uns bleibt Rheinland-Pfalz  
1626 Zukunftsland.